

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 2. August 1923

10. Jahrgang, Nummer 178

Preis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,00 M., Einzelnummer 15 Pf.
Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Streifenband 3,00 M.
Anzeigenspreis: Die dreizehnhellige Mittelzeile ober oder unter dem Raum 12 Pf., Vereins- und Veranlassungsanzeigen 6 Pf., Werbeanzei-
genpreis: Die dreizehnhellige Mittelzeile ober oder unter dem Raum im Text
70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Abteilung
8 Uhr in den Filial-Abteilungen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Bestellbedingung: Breslau 10, Krenthaler Straße 50, Telefon
280 29. Postfach 205: Breslau 544. Reibitzstr. 10, Breslau,
Krenthaler Straße 50. Telefon 288 87. Geschäftszeiten: Montag
von 12—18, Dienstag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Filial-
Abteilungen: Olschitz, Elmstraße 29, Telefon 1004.
Cottbus: Rühl 6, Telefon 2384. Geschäftszeiten: von 9—12 Uhr.
Verkauf am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Eduard Weizsäcker,
m. b. H., Breslau. — Druck: „Neubau“, Berlin, Fil. Breslau, Krenthaler Str. 50.

Wieder eine Eisenbahnkatastrophe

Zugzusammenstoß in Dinkelscherben (Bayern) 16 Tote, über 20 Verletzte

Ul. Augsburg, 31. Juli. In Dinkelscherben in Schwaben ereignete sich am Dienstag ein schweres Eisenbahnunglück. Der beschleunigte Personenzug 911 fuhr auf den Durchgangsgüterzug 7535 in der Stadt Dinkelscherben auf.

Der an Ort und Stelle befindliche Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet zu dem schweren Eisenbahnunglück im Bahnhof Dinkelscherben:

Das Unglück ist noch größer, als das vom Münchener Hauptbahnhof.

Der Ulm-Münchener Personenzug 911 ist auf den in der Station stehenden Durchgangsgüterzug 7535 mit voller Wucht aufgefahren, und zwar wahrscheinlich infolge falscher Weichenstellung.

Mehrere Wagen wurden wie Bündholzschachteln geknickt.

Die Folgen des Aufpralls waren furchtbar. Bis jetzt sind 14 Tote, ferner 20 Schwerverletzte und zahlreiche Leichtverletzte festgestellt worden.

Die Zahl der Toten auf 16 gestiegen

Wie der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet, sind während der Nacht noch zwei Schwerverletzte des Dinkelscherbens Eisenbahnunglücks ihren Verletzungen erlegen. Die Zahl der Toten erhöht sich damit auf 16.

Der Eindruck der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe bei Dinkelscherben auf die Bevölkerung ist gerabegut lähmend. Der Eindruck wurde am gestrigen Abend noch durch das Gerücht gesteigert, daß in der Nähe von Köln ein neues Eisenbahnunglück erfolgt ist und wiederum viele Tote zu beklagen seien. Dieses Gerücht fand insofern Nahrung, als ein aus dem Rheinland kommender Zug zwei Stunden Verspätung hatte. Die „München-Neuesten Nachrichten“ kennzeichnen allgemein die Lage mit dahin: „Daß die Katastrophe an dem Umsfange unserer innerstaatlichen Verhältnisse rüttelt.“

Wie das Unglück geschah

Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union erhielt von einem Mitreisenden des Unglückszuges die folgende Schilderung:

Der Zug war besonders seit Ulm sehr stark mit Ferientreisenden besetzt, da der letzte Teil des Zuges nur bis Ulm ging, und deshalb zahlreiche Reisende in die durchfahrenden Wagen übergehen mußten. Im Zuge herrschte Ferienstimmung, da der große Teil der Reisenden besonders zahlreich aus der Gegend von Mannheim und aus der Stuttgarter Gegend nach Oberbayern fuhr. Eine Gruppe von Turnern in oberbayerischer Tracht, offenbar aus Köln zurückkommend, fiel durch ihre gute Stimmung besonders auf. Nach der Haltestelle Neu-Effingen ging der Zug kurz vor der Unglücksstelle in ein auffällig schnelles Tempo über. Vor der Station Dinkelscherben ereignete sich dann das Unglück. Die Reisenden wurden schrecklich durcheinandergeworfen, weil der Zug fast augenblicklich zum Stehen kam. Es gab ein

entsetzliches Schreien der Frauen und Kinder,

die sich aus dem Durcheinander von Gepäckstücken und am Boden liegenden Personen befreien mußten. Verhältnismäßig schnell waren alle Wagen verlassen. Nun sah man, wie die Lokomotive auf das Ende eines Güterzuges aufgefahren war. Sie hatte sich auf die rechte Seite geneigt, während der Tender etwas aufgerichtet stehen geblieben war. Die letzten Güterwagen bildeten mit der Lokomotive

einen Trümmerhaufen,

in welchem das Feuer der Lokomotive brannte, das eine halbe Stunde nach dem Unglück von der Ortsfeuerwehr gelöscht wurde. Es ist auffällig, daß die ersten Wagen hinter der Lokomotive nach dem Gepäckwagen, zwei lange 4.-Klasse-Wagen mit Mittelstufen, unbefähigt blieben, ebenso der mittlere und hintere Teil des Zuges. Dagegen wurden der vierte und fünfte Wagen, soweit sich feststellen ließ, kurze und alte 4.-Klasse-Wagen, vollständig zertrümmert und ineinandergeschoben. Die Insassen dieser Wagen kamen unter den Trümmern zu liegen.

Schreckensszenen am Bahnhof

Zu der Umgebung des Bahnhofes spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Kinder bekamen durch die Aufregung Schreckkrämpfe; einzelne irrten wie wahnsinnig umher und suchten ihre Angehörigen.

Nach der Ankunft des Hilfszuges widelten sich die weiteren Maßnahmen für den Abtransport der Reisenden in der Richtung Augsburg in Ruhe ab. Ärzte und einzelne herzhafte Frauen und

Männer leisteten das Menschenmögliche, um den Schwerverletzten beizustehen.

Hestige Anklagen gegen die Dawes-Bahn

Die Kunde von dem neuen großen Eisenbahnunglück rief in München starke Erregung hervor. Die Anschlagstafeln der Zeitungen wurden von dicht gedrängten Menschenmassen umlagert. Viele Hunderte eilten zum Hauptbahnhof, um Auskunft über Angehörige, Bekannte und Freunde zu erlangen, die aus der Richtung Ulm erwartet wurden. Unter dem Publikum spielten sich erregte Szenen ab und es wurden heftige Anklagen gegen die Reichsbahn laut.

Kramphafte Beruhigungsversuche Dorpmüllers

Ul. Berlin, 31. Juli. Sofort nach Bekanntwerden des neuen Eisenbahnunglücks bei Dinkelscherben in Bayern hat der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, um volle Klarheit über die Gründe des Unglücks zu schaffen, zusammen mit dem Reichsverkehrsminister einen Ausschuss an die Unfallstelle entsandt.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist Dr. Dorpmüller entschlossen, in rücksichtsloser Strenge im Interesse der Sicherheit auf der Reichsbahn durchzugreifen. Seine Maßnahmen werden sich erstrecken insbesondere auf das Gebiet des Sicherheitswesens, auf die Vorschriften in der Durchführung des Betriebes und der Arbeitszeit und auf personelle Fragen.

Noch ist die Empörung über die Schuldigen an der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe in München nicht verhallt, da wird ein neues, entsetzliches Eisenbahnunglück gemeldet. Es ist das dritte, das sich innerhalb sieben Wochen auf der Dawesbahn in Bayern ereignet hat. 16 Tote, 25—30 Schwerverletzte hat nach den letzten Drahtmeldungen die bayerische Dorpmüllerei erfordert. So groß ist das Entsetzen und die Empörung weitester Kreise der Bevölkerung, daß Herr Dorpmüller kramphafte Anstrengungen macht, um die Gemüter zu beruhigen und energisches „Durchgreifen“ auch in Personal- und Arbeitszeitfragen ankündigt. Diese Ankündigungen können indessen niemanden täuschen. Seit Jahren häufen sich die Eisenbahnunglücke infolge der brutalen Spar-Abbaumaßnahmen und schändlichsten Ausbeutung des Personals.

Angeichts der ungeheuerlichen Eisenbahnkatastrophe in München hatte die kommunistische Landtagsfraktion in Bayern folgenden Antrag an den Präsidenten des Bayerischen Landtages eingereicht:

Max Hoelz entlarvt den SPD.-Schwindel über die „Planener Zwischenfälle“

Die sozialdemokratische Presse — „Volksmacht“, „Bergwacht“ usw. — druckte in diesen Tagen einen faustdicken Schwindel der sozialdemokratischen „Planener Volkszeitung“ nach, die versucht hatte, mit den schmierigsten Mitteln Max Hoelz nicht nur gegen die Partei, sondern auch gegen die Arbeiter, die ihn im Bogtand mit stürmischem Jubel begrüßten, auszuspielen. Zu diesem neuesten SPD.-Schwindel schreibt Max Hoelz:

„Die Planener sozialdemokratische „Volkszeitung“ vom Montag, dem 30. Juli, enthält einen Bericht über die Kundgebung der Falkensteiner Arbeiterschaft aus Anlaß meiner Rückkehr in die Reihen des revolutionären Proletariats. Ein Abklatsch dieses Berichtes wurde offenbar durch den „Sozialdemokratischen Pressebienst“ an die übrige SPD.-Presse verbreitet, auch in Schlesien und Oberschlesien. Dieser Bericht des linken SPD.-Blattes ist in seiner perfiden Gemeinheit typisch für die konterrevolutionäre Praxis der zentralistischen sogenannten „linken“ SPD.-Führer und ihrer Presse. Diese Leute sehen ihre ganze Aufgabe darin, gelegentlich linke Phrasen zu drehen, so zu tun, als ob sie sich von der üblichen SPD.-Politik des Parteivorstandes und der Koalitionsvertreter unterscheiden, während sie in Wirklichkeit lediglich die Arbeiter bei der Stange halten und vom Eintritt in die einzige Partei der Arbeiterklasse, die KPD., zurückhalten versuchen. Dieser Absicht dient auch die neue Niederträchtigkeit der Planener „Volkszeitung“, die vom „Sozialdemokratischen Pressebienst“ naturgemäß bereitwillig übernommen wird.

Zu Falkenstein begrüßte die arbeitende Bevölkerung mich und zwei andere politische proletarische Gefangene in voller einmütiger Gefolgschaft. Sie begrüßte uns in herzlichster Begeisterung, aber

Der Landtag wolle beschließen:

Angeichts des ungeheuerlichen Eisenbahnunglücks in Dinkelscherben und der in Bayern stetig steigenden Eisenbahnunfälle wolle die Staatsregierung bei der Reichsregierung dahin wirken, daß

1. für das sämtliche Personal bei der Reichsbahn die achtstündige Dienst- und Arbeitszeit eingeführt und die Dienstbereitschaft voll mit angerechnet wird,
2. Bahnanlagen oder sonstige größere Ausbesserungsarbeiten nicht im Akkord- oder Prämiensystem durchgeführt werden dürfen,
3. zur Kontrolle der Bahnanlagen und der Arbeits- und Dienstzeit aus den freien Gewerkschaften eine ständige Prüfungskommission eingesetzt wird.

Die Forderung der Kommunisten auf sofortige Einberufung des Landtages wurde nicht erfüllt, dagegen wurden untere und mittlere Eisenbahnbeamte verhaftet. Der Schlandrian ging weiter. Die Folge ist Dinkelscherben.

Keine Ankündigung Dorpmüllers, kein heuchlerisches Beileidstelegramm der wieder zusammengelauferten bayerischen Bürgerblockregierung ist imstande, eine Tafel zu verhängen:

Klagliche Unfähigkeit des Dorpmüller und Konforten, gewissenlose, niederträchtige Schlunderwirtschaft, verantwortungslos „Sparmaßnahmen“ auf Kosten der Arbeitskraft der Beamten und Arbeiter haben das Unglück in Dinkelscherben verursacht.

In Dinkelscherben liegen nicht nur die Scherben und Trümmer des wie Bündholzschachteln zerknickten alten Wagens viertes Klasse, sondern es ruhen auch dort die letzten Scherben des Glaubens an die „Sicherheit der Deutschen Reichsbahn“. Wer glaubt noch an die „Sicherheit“ der Bahn, wenn die Dorpmüllerei jeden Monat ihre Unfallsferien hat. Schluß mit der Dorpmüllerei muß das Echo auf Dinkelscherben sein. In erster Linie wird der Einheitsverband der Eisenbahner es sein müssen, der anders wie bisher gegen die Schlunderwirtschaft ankämpfen muß.

Die Interessen der Eisenbahner in bezug auf Arbeitszeit, Arbeits Tempo, Sicherungen und Lohn wird er kräftiger, wie bisher vertreten müssen.

Darüber hinaus muß die gesamte Arbeiterschaft den Kampf gegen das System der Reichsbahndirektion führen, das Rieseneinnahmen für hohe Gehälter der Direktoren und obersten Beamten vorausgibt, aber nichts für die Verbesserung des Eisenbahnmaterials und der Beförderungsmittel tut, geschweige denn für das Arbeitspersonal.

Das galt nicht Personen, nicht „Reklamefiguren“, wie das SPD.-Blatt mich geschmackvollerweise nennt. Jeder Arbeiter begriff vielmehr, daß dieser Jubel der eigenen Sache der Arbeiterschaft, ihrem revolutionären Freiheitskampf, ihrer Sehnsucht nach dem Sozialismus galt. Jeder verstand das. Nur der traurige Berichterstatter der sozialdemokratischen Zeitung vermochte so etwas nicht zu begreifen.

Er versucht statt dessen, aus einer geringfügigen Differenz über technisch-organisatorische Fragen, die sich beim Beginn der Kundgebung ergab und rasch beigelegt wurde, eine „Sensation“ zu konstruieren. Kann es etwas Schätigeres geben, als diesen „Grub“, mit dem ein linkes SPD.-Blatt einen Arbeiter nach acht Jahren Zuchthaus „willkommen heißt“? Kein ehrlicher SPD.-Arbeiter wird dergleichen billigen.

Die SPD.-Zeitung des Bogtandes schließt mit der albernen antilohewissenschaftlichen Bemerkung, ich müßte einen langen „Ehoulungsurlaub“ in Sowjetrußland — gleichsam einen unfreiwilligen — antreten. Derlei Mühen mag ein sozialdemokratisches Blatt proletarischen Lesern vorzulegen. Wie steht es in Wahrheit? Reider erlaubt es mir mein Wiedererfahrenes nicht sofort in das Vaterland aller Arbeiter, den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat, nach Sowjetrußland, zu reisen, obwohl es in der langen Zuchthauszeit meine dauernde Sehnsucht war, und heute erst recht ist, recht bald das geliebte Sowjetrußland aufzusuchen. Das ist der Tatbestand. Und das SPD.-Blatt macht daraus den Schwindel einer aufgezwungenen Reise nach Sowjetrußland.

Diese Seite entspricht allerdings der Tradition der „Volkszeitung“ aus der Vergangenheit. War sie es doch, die mich 1918, 1920 und 1921 am dreifachen verkleinerte, u. a. mit der widerlichen Lüge, ich sei in der Tschchoslowakei verhaftet worden und man hätte bei mir Verhafteten und Schicksal über Miesenerträge geschrieben, die ich offenbar „geraubt“ hätte. So trag gerade dieses SPD-Blatt in Gemeinschaft mit der liberalen sozialdemokratischen Presse am meisten zu der Pogromhege gegen mich bei, aus

der dann das obenstehende Genesungsdiplom bei Genesung gerichts geboren wurde.
Ich glaube, diese wenigen Worte genügen, um die Gemeinheit der sozialdemokratischen Presse niedriger zu hängen. Für jeden Proleten muß auch ein Ansporn sein, mit der Partei der Ministerialsozialisten zu brechen und sich einzureihen in die Partei der proletarischen Revolution, die KPD!
Den 30. Juli 1928. Mag Goels

Genosse Komrad: Die zentrale Moment ist heute das Vertrauen der Kriegsgesahr. Trotzdem ist die Unterschätzung der Perspektive einer revolutionären Entwicklung aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Staaten ein großer Fehler. Genosse Sperlich unterachtet die Bedeutung des Wiener Aufstandes, des britischen Generalstreiks und des Wahlerfolges der KPD. Die Fehler im innerparteilichen Kurs der KPD liegen nicht in übermäßiger, sondern in allzu spärlicher Anwendung von organisatorischen Maßnahmen gegen die Rechte. Die Behauptung, daß die Mehrheit des Zentralkomitees der KPD zu einer fraktionellen Gruppe entartet, ist durch keinerlei Tatsachen bewiesen. Im Gegenteil, der Charakter einer Gruppe hat die Tätigkeit der Genossen um Wert. Genosse Pepper verwirft noch mehr als Wert die Tatsache der Radikalisierung der europäischen Arbeiterklasse und beurteilt falsch und pessimistisch die Perspektiven einer Linkswendung des amerikanischen Proletariats. Die Verhältnisse in Amerika sind herangerückt, um die Grundmomente jener Taktik anzuwenden, die das neunte Plenum für Großbritannien und Frankreich vorschrieb.

Der VI. Weltkongress

Genosse Komrad: Das zentrale Moment ist heute das Vertrauen der Kriegsgesahr. Trotzdem ist die Unterschätzung der Perspektive einer revolutionären Entwicklung aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Staaten ein großer Fehler. Genosse Sperlich unterachtet die Bedeutung des Wiener Aufstandes, des britischen Generalstreiks und des Wahlerfolges der KPD. Die Fehler im innerparteilichen Kurs der KPD liegen nicht in übermäßiger, sondern in allzu spärlicher Anwendung von organisatorischen Maßnahmen gegen die Rechte. Die Behauptung, daß die Mehrheit des Zentralkomitees der KPD zu einer fraktionellen Gruppe entartet, ist durch keinerlei Tatsachen bewiesen. Im Gegenteil, der Charakter einer Gruppe hat die Tätigkeit der Genossen um Wert. Genosse Pepper verwirft noch mehr als Wert die Tatsache der Radikalisierung der europäischen Arbeiterklasse und beurteilt falsch und pessimistisch die Perspektiven einer Linkswendung des amerikanischen Proletariats. Die Verhältnisse in Amerika sind herangerückt, um die Grundmomente jener Taktik anzuwenden, die das neunte Plenum für Großbritannien und Frankreich vorschrieb.

Sozialdemokratie nach den Juli-Ereignissen nicht schwächer, sondern eher stärker wurde. Unsere Partei erlitt dagegen schwere Rückschläge. Wir glauben, daß das ZK und die Mehrheit unserer Zentrale die Lage in Oesterreich überschätzt haben und übersehen, daß nach einer Niederlage eine Depression kommen muß. Wir wünschen, daß die Komintern der KP Oesterreichs die größtmögliche Hilfe in ihrem schweren Kampfe erweist.

Genosse Mikaliewicz (Litauen): Von Großbritannien und Frankreich unterstützt, bereitet Pilsudski entscheidende Kampfmaßnahmen gegen Litauen vor. Nur die Arbeiterklasse, mit der KP Polens an der Spitze, und die rabiaten Bauernmassen nehmen gegen die Annektionspläne des polnischen Faschismus Stellung.

Genosse Tsching Kuan (China): Manche ausländischen Genossen haben eine falsche Auffassung von der Entwicklung der chinesischen Revolution, die gegenwärtig zur proletarischen Revolution geworden ist. Die Bruderparteien der imperialistischen Länder haben zur Entwicklung der Revolutionsbewegung in den Kolonien zuwenig

Genosse Gortschil (Polnisch-Wehrland): Im gegenwärtigen Augenblick der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion spielt Wehrland eine große Rolle. Der polnische Faschismus will die wehrkräftige Bauernschaft durch verschiedene Manöver von der revolutionären Bewegung trennen. Unsere Partei konnte trotz bedeutender Schwierigkeiten ihren Einfluß verstärken.

Genosse Benedit (Oesterreich): Die kommunistische Partei Oesterreichs hat sich beim Juli-Aufstand gut gehalten und in den ersten Reihen gekämpft, hatte auch unbestreitbar Einfluß auf die Jugendbewegung, verstand es jedoch nicht, der Aufstandsbewegung eine organisatorische Basis zu geben und sich scharf von der Sozialdemokratie abzugrenzen. Die Minderheit leugnet die Linksentwicklung der österreichischen Arbeiterklasse und argumentiert damit, daß Renner auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag festgelegt hat. Es ist aber eine unbestreitbare Tatsache, daß, während die Führung der österreichischen Sozialdemokratie nach rechts geht, der Radikalisierungsprozeß unter den sozialdemokratischen Arbeitern fortschreitet.

Genosse Pionerow (KPB, China): Die KPB Chinas leistet gute politische Arbeit und vernachlässigt auch nicht die organisatorischen Aufgaben. Er hat aber auch Mängel: Er ist politisch noch nicht herangereift und hat im Prozeß eines an sich richtigen guten Kampfes gegen die feinerzeitigen opportunistischen Fehler der Parteiführung auch Spuren linker Krankheiten gezeigt. Die Tätigkeit des KPB Chinas muß sich vor allem auf die Eroberung breiter Arbeiter- und Bauernjugendmassen und auf deren Einbeziehung in alle revolutionären Aktionen richten.

Nach kurzen Erklärungen der Genossen Tschalmann, Chitarow, Librecht, Pepper und Komrad werden die Verhandlungen auf Montag, den 30. Juli, vormittags, vertagt. Auf der Tagesordnung stehen die Schlusssätze der Genossen Schüller und Bucharin sowie das Referat des Genossen Bell über die Kriegsgesahr.

Kommunistenverhaftungen in Rattowik

Rattowik, 31. Juli. Die Kriminalpolizei verhaftete vier Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Kongrepols und den königshüter Stadterordneten Maluda. Der Grund zur Verhaftung soll in kommunistischer Propaganda zu erblicken sein.

Propaganda für die kommunistische Partei ist in Pilsudski-Polen nicht nur Verfassungsgrund, sondern genügt, um für Jahre ins Zuchthaus geworfen zu werden. Die oberösterreichischen Arbeiter jenseits der polnischen Grenze als auch die gesamte Arbeiterklasse in Deutschland wissen sich eins mit den trotz aller Unterdrückungen heldenhaft kämpfenden oberösterreichischen Arbeitern deutscher und polnischer Junges. Guben Bed — drüben die Kreaturen Pilsudskis werden den Sieg der Arbeiterklasse nicht verhindern.

Fischerstreit Verhandlungen zwischen dem Verband deutscher Hochseefischer und den Gewerkschaften statt. Die Verhandlungen sollen angeblich zu einer Einigung geführt haben. Sollte sich diese Meldung bestätigen, so zeigt sich, daß die Unternehmer, die anfänglich zu keinen Verhandlungen bereit waren, nachgeben mußten. Inwieweit die Forderungen der Arbeiter berücksichtigt wurden, und ob die Streitenden mit dem Ergebnis einverstanden sind, ließ sich bei Redaktionsschluss noch nicht feststellen.

Berlin, 1. August. (Eig. Draht.) Im Reichsarbeitsministerium fanden Nachverhandlungen über die von den rheinisch-westfälischen Unternehmern abgelehnten Schiedssprüche für das Transport- und Expeditionsgewerbe in Bochum statt. Die Unternehmer geben an, daß die Löhne „untragbar“ seien und fordern die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche.

Zahlartenschleibungen auf einem Berliner Bahnhof

U. Berlin, 1. August. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, sind die Kriminalpolizei und die Fahndungsabteilung der Reichsbahn auch in Berlin großen Veruntreuungen mit Eisenbahnfahrkarten auf die Spur gekommen, die bereits zur Verhaftung des Eisenbahntelegraphenassistenten Dethlachsberger vom Bahnhof Friedrichstraße führten. Die in Berlin ausgeübten Betrügereien stehen, soweit bisher durch die Ermittlungen der Behörden festgestellt werden konnte, mit der Breslauer Affäre in keinem Zusammenhang.

In Berlin und Breslau Zahlartenschleibungen, in Bayern Schländerwirtschaft und Unfallschaden. System Dorpmüller offenbar überall seinen Bankrott!

Empfang für Mobile in Rom

U. Rom, 31. Juli. Mobile und seine Mannschaft werden für Dienstag abend um 11 Uhr in Rom erwartet. Die römische Presse widmet Mobile überhöchliche Willkommensartikel. Man rechnet damit, daß ein zahlreiches Publikum Mobile auf dem Bahnhof erwarten wird, obgleich kein amtlicher Empfang geplant ist.

Warum Obregon ermordet wurde

U. London, 31. Juli. Nach Meldungen aus Mexiko-Stadt wird in einem Polizeibericht über die Untersuchung des Anschlages auf General Obregon festgestellt, daß der Mord auf die gelegentliche Erklärung einer Nonne gegenüber dem Älter zurückzuführen sei, wonach die religiöse Frage in Mexiko durch den Tod des Generals Obregon, des Präsidenten Calles und des Patriarchen der schismatischen katholischen Kirche gelöst werden würde. Der Attentäter hat erklärt, daß der Arbeitsminister Morones und die anderen Arbeiterführer von jeder Schuld frei seien.

Wieder 17 Hinrichtungen in Kanton!

U. Newyork, 31. Juli. Wie aus Kanton gemeldet wird, sind nach der Aufhebung eines neuen kommunistischen Boglots Ketzerei Personen hingerichtet worden.

Die Reichsindogzahl im Juli gestiegen. U. Berlin, 31. Juli. Die Reichsindogzahl für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juli auf 152,6 gegenüber 151,4 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,8 vom Hundert gestiegen.

Stefan Raditsch in Lebensgefahr. U. Belgard 31. Juli. Das Befinden Stefan Raditschs hat sich in der Nacht vom Montag zum Dienstag bedeutend verschlechtert. Es besteht Lebensgefahr. In der Lunge sind neue Entzündungen aufgetreten.

Kommunistischer Wahlsieg in Frankreich. — Paris, 31. Juli. Bei der Stichwahl für den Gemeinderat von Bagnolet, die Gemeinde liegt in der Pariser Banlieue, wurde die kommunistische Liste mit 2020 von 4117 Wählern gewählt.

Derbe Zurückweisung polnischer Annäherung Karachans Antwort

U. Nowo, 31. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der stellvertretende Außenminister Karachan dem polnischen Gesandten Palek auf seine Beschwerde, die Rede Bucharins auf der Tagung der Komintern bedeute eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Polens, geantwortet, die Sowjetregierung habe schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Komintern keine staatliche, sondern eine private, von den kommunistischen Parteien aller Länder ins Leben gerufene Körperschaft sei. Die Annäherung zwischen der Sowjetunion und Polen werde nicht durch derartige Reden, sondern durch die Ermordung Wojkows, den Anschlag auf Pasarew und die nachdrückliche Behandlung der russischen Emigranten in Polen gestört.

Derbe Zurückweisung polnischer Annäherung Karachans Antwort

U. Nowo, 31. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der stellvertretende Außenminister Karachan dem polnischen Gesandten Palek auf seine Beschwerde, die Rede Bucharins auf der Tagung der Komintern bedeute eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Polens, geantwortet, die Sowjetregierung habe schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Komintern keine staatliche, sondern eine private, von den kommunistischen Parteien aller Länder ins Leben gerufene Körperschaft sei. Die Annäherung zwischen der Sowjetunion und Polen werde nicht durch derartige Reden, sondern durch die Ermordung Wojkows, den Anschlag auf Pasarew und die nachdrückliche Behandlung der russischen Emigranten in Polen gestört.

Bürgerblutregierung in Bayern

Das heute neugebildete bayerische Kabinett setzt sich aus folgenden Ministern zusammen:
Justiz der bisherige Justizminister Dr. Gärtner.
Inneres der bisherige Innenminister Dr. Stügel.
Unterricht und Kultus der bisherige Minister Dr. Goldenberger.
Finanzen der bisherige Finanzminister Dr. Schmelzle.
Landwirtschaft und Arbeit der bisherige Minister Dr. Fehr.
Außeres mit der Abteilung Handel Ministerpräsident Dr. Held.
Als Staatssekretär für Arbeit im Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit der bisherige Sozialminister Oswald.

Es bleibt also alles beim alten in Bayern. In der Regierungserklärung wird festgehalten an dem föderalistischen Charakter des Reiches gefordert, ferner erklärte der Ministerpräsident:
„Die Regierung halte fest an dem Konkordat und den Kirchenverträgen, an der Konfessionsschule, dem Elternrecht und einer Lehrerbildung, die die Erziehung der Volksschuljugend im Sinne des Bekenntnisses sicherstelle.“

Sichere Arbeiter solidarisch

Hamburg, 1. August. (Eig. Draht.) Die Unternehmer der deutschen Hochseefischer haben ihren noch auf See befindlichen Fischern die Anweisung gegeben, nicht in deutsche Häfen einzuliegen, sondern ihre Ladungen in holländischen und englischen Häfen zu löschen. Das geschieht, um zu verhindern, daß sich die Befragungen dem Streik anschließen können. Die Arbeiter der englischen Fischereihäfen haben jedoch beschlossen, keinen deutschen Fischdampfer zu löschen. Auch die holländischen Arbeiter bereiten Solidaritätsmaßnahmen vor. Die Bevölkerung der deutschen Hafenstädte steht dem Streikenden mit größter Sympathie gegenüber und hat bis jetzt für die Verpflegung der kämpfenden Hochseefischer gesorgt. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge fanden im Alttonner

Moskau, den 28. Juli 1928.

Moskau, den 28. Juli 1928.

Moskau, den 28. Juli 1928.

Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der RPD.

Genossenschaftliche Anträge im Reichstag

Die RPD. ergreift die Initiative

Über die Verteuerung der Lebenshaltung der werktätigen Massen durch Hungerlöhne, Steuerraub, über die Hintanhaltung der Arbeiterkonsumvereine seitens der kapitalistischen Regierung durch die genossenschaftliche Steuerbelastung, durch Ausnahmeparagraphen im Genossenschaftsgesetz usw., hören wir seit Jahren ein Jammern und Klagen der reformistischen Genossenschaftsführer. Auch auf dem diesjährigen Genossenschaftstag in Dresden ist man über die üblichen Protestresolutionen nicht hinausgekommen. In der Diskussion hat schon der Genosse Roenne-Merleburg darauf hingewiesen — wie es übrigens auch in der Ansprache an die Delegierten des Genossenschaftstages gefordert war — daß es Pflicht des Genossenschaftstages sei, bestimmte Minimalforderungen an die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung zu richten und Maßnahmen für die Durchführung der Forderungen vorzubereiten. Die sozialdemokratischen Delegierten des Genossenschaftstages lehnten es aber selbst ab, solche Minimalforderungen aufzustellen, scheinbar hatten sie schon selber ein solches mangelndes Vertrauen zu ihrer sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierung.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat auch die Initiative ergriffen für die Vertretung der Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder. Am 7. Juli wurden eine Reihe genossenschaftlicher Anträge im Reichstag gestellt. Für den Fall der Ablehnung des Antrages auf Aufhebung sämtlicher Zölle hat die RPD. Reichstagsfraktion beantragt:

„Für die Großhandels- und Einzelhandels-Produktionen deutscher Konsumvereine (GG.) und die Großhandels-Produktionen des deutschen Konsumvereins (Gepag) ist die Einfuhr von Lebensmitteln und Kolonialprodukten zur Deckung des Bedarfs der beiden genossenschaftlichen Einkaufszentralen angeschlossener Konsumvereine zollfrei.“

Wenn es also nicht gelingt, sofort die Lebensmittel- und Industriezölle vollständig aufzuheben, dann soll den beiden genossenschaftlichen Einkaufszentralen das Recht der Zollfreiheit auf die Einfuhr von Lebensmitteln und Kolonialprodukten eingeräumt werden, damit die Belieferung der werktätigen Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln möglich wird.

Die Reichstagsfraktion der RPD. hat weiter zu ihrem Antrag wegen Aufhebung der Beschränkung der zollfreien Gefrierfleisch-Einfuhr auch einen entsprechenden Eventualantrag eingereicht:

„Der Großhandels- und Einzelhandels-Produktionen deutscher Konsumvereine und der Groß-Einkaufs-Produktionen des deutschen Konsumvereins ist die unbeschränkte Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch für den Bedarf der ihnen angeschlossenen Konsumvereine zu gestatten.“

Bei der Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents auf jährlich 50.000 Tonnen ist den Konsumvereinen zugesichert worden, daß sie auch aus dem jetzigen verbleibenden Kontingente der im Jahre 1927 bezogene Gefrierfleischmenge weiter erhalten. Der Bedarf der Konsumvereine für das billigere Gefrierfleisch ist in der Zwischenzeit durch das weitere Anhalten der schlechten Lebenslage der werktätigen Massen und durch den ständigen Ausban des genossenschaftlichen Verteilungsapparates für Fleisch bedeutend gemindert, so daß die den Konsumvereinen zur Verfügung gestellten Mengen bei weitem nicht ausreichen, um das Bedürfnis der Genossenschaftsmitglieder zu befriedigen. Im Rahmen des Kampfes für die zollfreie Einfuhr des Gefrierfleisches muß deshalb verlangt werden, daß die beiden genossenschaftlichen Einkaufszentralen bereits jetzt das Gefrierfleisch in der von ihnen benötigten Menge zollfrei zugeteilt erhalten.

Auch für die genossenschaftliche Steuerbefreiung hat sich die kommunistische Reichstagsfraktion erneut eingesetzt.

Mit dem Antrag auf Befreiung der Umsatzsteuer ist für den Fall der Ablehnung dieser Forderung der Eventualantrag auf Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer gestellt worden.

Seit Jahren wird von den reformistischen Führern betont, daß die Umsatzsteuer auch rein juristisch ein Unrecht sei. Schon in den Jahren 1922/23 hat die SPD., die bei dem Steuerkompromiß im Januar 1922 die Heranziehung der Konsumvereine zur Umsatzsteuer mitbeschlossen hatte, verschiedentlich diesen kommunistischen Antrag abgelehnt. Im Oktober 1923 war es der jetzt wieder amtierende sozialdemokratische Minister Hilferding, der die Umsatzsteuer erhöhte, ohne die Konsumvereine von der Steuer zu befreien.

In einem weiteren Antrag hat die kommunistische Reichstagsfraktion die Reichsregierung ersucht, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die Paragraphen 8, Absatz 4, und 31, 81 und 152 des Genossenschaftsgesetzes aufgehoben werden sollen.

Der Paragraph 8, Abs. 4, und Paragraph 31 verbieten den Konsumvereinen heute noch die Warenabgabe an Nichtmitglieder. Eine ungeheure „Entrüstung“ ist von den reformistischen Verbandsinstituten in Hamburg gemacht worden, weil eine Reihe Händlerorganisationen durch Spieß auf den Konsumvereinen Waren entnehmen ließen und in einzelnen Fällen Anzeigen gegen die Konsumvereine wegen Warenabgabe an Nichtmitglieder erstattet haben. Ein Fall des Konsumvereins Leipzig ist bekanntlich die Genossenschaft verurteilt worden, in jedem Falle der Warenabgabe an Nichtmitglieder an jedes Mitglied des Detailvereins einen Schadenersatz von 50.— Mark zu zahlen. Die reformistischen Bürokraten empören sich über diese zweifelhafte auf das Schärfste zu beurteilende Handlungsweise der Händlerorganisationen und schreiben nach dem Staatsanwalt, ohne daran zu denken, daß der kapitalistische Staat diesen Händlern ihr Vorgehen erst ermöglicht, indem diese Bestimmung aus der Zeit des Sozialistengesetzes noch immer im Genossenschaftsgesetz enthalten ist. Die Befreiung dieser Bestimmung heißt durchaus nicht, daß die Konsumvereine die Waren an Nichtmitglieder abzugeben brauchen. Es heißt ihnen durchaus selber überlassen, nach dem Fall dieser Bestimmung zeitweilig zu beschließen, an wen die Warenabgabe erfolgen soll. Die Paragraphen 81 und 152 sind ebenfalls noch aus dem Jahre 1889 und hatten den Zweck, zu verhindern, daß die Arbeiterchaft, der unter dem Sozialistengesetz die politische Betätigung verboten war, in den Konsumvereinen diese Betätigung im Sinne des Sozialismus fortsetzt. Die reformistischen Führer, insbesondere auch Heinrich Kaufmann, haben sich in dieser Zeit gegen diese Ausnahmebestimmungen gewandt. Heute regieren die reformistischen Führer mit diesem Paragraphen gegen die proletarische Opposition und versuchen bei ihrem Vorgehen gegen die Solidaritätsbestimmungen der proletarischen geleiteten Konsumvereine sich auf diese Bestimmungen zu stützen.

Das Vorgehen der kommunistischen Reichstagsfraktion kann von den proletarischen Genossenschaftsmitgliedern nur auf das freudigste begrüßt werden. In diesen Reichstagsanträgen werden Forderungen aufgestellt, die für die einzelnen Genossenschaftsmitglieder und die Konsumvereine größere Bedeutung besitzen. Dieser Schritt der kommunistischen Reichstagsfraktion zeigt wieder erneut, daß die RPD. die einzige Partei ist, die in den Parlamenten ohne Rücksichtnahme auf Bündnisse mit den kapitalistischen Parteien auch die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder vertritt.

Für den Fall der Annahme dieser Anträge würden für die Konsumgenossenschaften keine Erleichterungen erreicht. Die Befreiung von der Umsatzsteuer würde kommen. Die Ausnahmebestimmungen wegen des Verkaufsverbots an Nichtmitglieder und politischer Betätigung würden fallen. Den Genossenschaftsmitgliedern würde durch die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Konsumvereine und die teilweise Zollfreiheit und die notwendige Zurverfügungstellung von Gefrierfleisch eine minimale Verbesserung ihrer Lebenslage gebracht — aber auch diese Erleichterungen wären kaum von längerer Dauer. Die Kapitalistenklasse versteht es, so lange sie noch die wirtschaftliche und politische Macht in Händen hat, immer wieder, auch die minimalisten Verbesserungen für die Arbeiterklasse rückgängig zu machen. Eine neue Steuerungsstelle, die Lohnpolitik der Unternehmer usw. sorgen schnell für einen erneuten „Ausgleich“ kleiner Verbesserungen für die Arbeiterchaft. Wir sehen seit Jahren, wie jeder kleinen Lohnerhöhung eine Steuerungsstelle folgt, wie bei einzelnen Preiserhöhungen teilweiser Rückgang der Löhne, eine gesteigerte Ausbeutung der Arbeiterchaft oder Verlängerung der Arbeitszeit einsetzt. Aber trotzdem muß der Kampf für die Durchführung der von der Reichstagsfraktion der RPD. eingereichten Anträge mit allen Mitteln geführt werden.

Es gibt keinen Zweifel, daß die bürgerlichen Parteien im Reichstag sich gegen die Anträge wenden werden. Die SPD. hat bei den Parlamentswahlen, demagogisch zum Teil, einige genossenschaftliche Forderungen erhoben. Für Zölle und Gefrierfleisch hat die SPD. allerdings keine Bevorzugung der Konsumvereine verlangt. Seit Jahren sind von der SPD. der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie auch die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder geopfert worden. Nur in den Hirngespinnsten einiger vernahter SPD.-Bürokraten paßte es aus Anlaß der Parlamentswahlen noch, daß die SPD. allein „immer die Interessen der Genossenschaften“ vertreten habe. Erst kürzlich bei der Behandlung des Gefrierfleischkontingents im Haushaltsauschuß des Reichstags haben wir wieder ein Beispiel über die Stellung der SPD. zu dem Konsumverein

Kampf den Werkskonsumanstalten und Werkskonsumvereinen!

Der 25. Genossenschaftstag, der im Juni in Dresden stattfand, nahm in keinem besonderen Referat zu dem Kampf gegen die Werkskonsumanstalten und -vereine Stellung. In der Sitzung des Generalrats hat jedoch Schills über diese Frage gesprochen und es gelangte auch dort eine Resolution zur Annahme. In dem Referat und der Resolution werden die Gefahren für die Arbeiterschaft und die Konsumvereine zum Teil zugegeben, indem darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeiter durch die Werkskonsumanstalten in eine noch größere Abhängigkeit von den Unternehmern kommen und auch die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine beeinträchtigt wird. In seinem Bericht wies Schills auch auf den Unterschied zwischen den Werkskonsumanstalten und den Werkskonsumvereinen hin. Werkskonsumanstalten seien lediglich Betriebe der Unternehmer, die dieselben völlig in eigener Regie verwalten und finanzieren. Die Werkskonsumvereine tragen genossenschaftliche Formen, es existiert auch ein formales Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder und sie unterstehen dem Genossenschaftsgesetz. Die von dem Generalrat angenommene Resolution, die vollständig unzulänglich ist, fordert lediglich von den Gewerkschaften, daß „der Entwicklung und den Tendenzen der Werkskonsumanstalten die allergrößte Beachtung zu schenken“ ist und die Genossenschaftsbewegung gefördert werden soll.

Die Opposition hat auf dem Genossenschaftstag gezeigt, wie der Kampf gegen die Werkskonsumanstalten und -vereine mit wirkungsvolleren Maßnahmen geführt werden muß. Der Konsumverein Wittenberg brachte dazu einen Antrag ein, der folgendermaßen lautet:

- 1. Die noch vereinzelt bestehenden Werkskonsumvereine und die von den Unternehmern als Teil des Betriebskapitalismus unterhaltenen sogenannten Werkskonsumanstalten verstärken die wirtschaftliche Abhängigkeit der Lohnarbeiter und beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit und Entwicklung der Konsumvereine. Die Konsumvereine müssen bestrebt sein, in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften
- 2. Die Werkskonsumvereine zur Verschmelzung mit dem am Orte vorhandenen Konsumvereine des Zdk. zu veranlassen;
- 3. Die Werkskonsumanstalten ihre Basis in der Arbeiterschaft zu entziehen.

Der Genossenschaftstag beauftragt den Vorstand des Zdk., durch Rundfrage bei den angeschlossenen Konsumvereinen festzustellen, wo Werkskonsumvereine bestehen und Unternehmer Werkskonsumanstalten unterhalten und in welcher Weise diese arbeiten. Das Material dieser Rundfrage ist für eine umfassende Aufklärungsarbeit über die Beeinflussung der Werkskonsumvereine durch die Unternehmer und die schädliche Auswirkung der Werkskonsumanstalten für die werktätige Bevölkerung in der Genossenschafts-, Gewerkschafts- und Arbeiterpresse zu benutzen.

Klassenbewusste Genossenschaftsmitglieder!

Nehmt in allen Veranstaltungen zu den genossenschaftlichen Anträgen der Reichstagsfraktion der RPD. Stellung. Es ist die außerparlamentarische Unterstützung der Anträge

erhalten. Die SPD. lehnte den Antrag der RPD., daß im Falle der Ablehnung der vollständigen zollfreien Einfuhr des Gefrierfleisches die bisherige Höhe des Kontingents durch die Gemeinden und Konsumvereine an die Verbraucher verteilt werden solle, ab und forderte lediglich die Ausschließung einiger kapitalistischer Großhändler bei der Verteilung der Kontingente, die einen nachweisbaren Schaden getrieben haben, und die Hinzuziehung anderer kapitalistischer Großhändler. Auf dem 25. Genossenschaftstag in Dresden hat sich Fleißner erdreistet, ein Schwindelmanöver zur „Entlastung“ der SPD. zu versuchen. Der Antrag des Konsumvereins R e m s e i d entziffert nicht der Wahrheit. Auf die entscheidende Frage, ob die SPD. bei der Verteilung der Kontingente die Ausschließung aller kapitalistischen Großhändler und die Verteilung des Gefrierfleisches durch die Gemeinden und Konsumvereine — diesen kommunistischen Eventualantrag — unterließe, schweig Fleißner und glaube durch ein Selbsterkenntnis der SPD. zu helfen. Wie wird sich jetzt die SPD. zu den eingereichten Anträgen einstellen? In der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung hat die SPD. doch die „Führung“ in Händen. Nicht die geringste Aussicht besteht, daß auch nur diese äußerst minimalen Forderungen von dieser Regierung angenommen werden. Schon die Regierungserklärung Hermann Müllers, der Lohnverbetrug Hilferdings, die Amnektion, usw. der kurzen Regierungszeit zeigen, daß von der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung nur die Politik der Bürgerblockregierung fortgesetzt wird.

Auch die sozialdemokratischen Genossenschaftsführer werden sich nicht für die Durchführung der Anträge einsetzen. Einige Forderungen (Befreiung von der Umsatzsteuer usw.) werden scheinbar unterstützt werden und gegen die anderen Forderungen wird man sich offen wenden. Für die Durchführung aller Anträge wird aber nicht der Finger gerührt werden. Es ist klar, daß nur durch den schärfsten außerparlamentarischen Druck der Millionen Genossenschaftsmitglieder eine Aussicht auf die Durchführung der Anträge besteht. Überall müssen sich deshalb jetzt die proletarischen Mitglieder mit den von der kommunistischen Reichstagsfraktion eingereichten Anträgen befassen. Keine Konsumgenossenschaftsveranstaltung kann vorübergehen, ohne daß zu den Anträgen Stellung genommen wird. In die Reichstagsfraktion der SPD. müssen Entschlüsse gefaßt werden, in denen die Zustimmung zu den kommunistischen Anträgen verlangt wird. Der Leitung des Zentralverbandes in Hamburg sind Resolutionen zu übersenden, die die unumkehrte Unterstützung der Anträge der kommunistischen Fraktion fordern und die Mobilisierung der proletarischen Mitglieder zum außerparlamentarischen Kampf für die Durchführung der Anträge verlangen. Wenn es gelingt, die proletarischen Genossenschaftsmitglieder für die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion zu mobilisieren und einen verstärkten Druck auf die Leitung des Zentralverbandes und die Reichstagsfraktion der SPD. auszuüben, nur dann besteht Aussicht, daß die Anträge durchgeführt werden können.

Der Genossenschaftstag fordert alle Konsumvereine auf, gegen die in ihrem Verbreitungsgebiete bestehenden Werkskonsumanstalten den schärfsten Kampf zu führen und dahin zu wirken, daß die Werkskonsumvereine sich mit einem dem Zdk. angeschlossenen Verein verknüpfen.

Statt SPD., Zentrums-Unterstützung gewünscht

Die von den reformistischen Genossenschaftsführern erfundene politische „Neutralität“ ist von uns schon immer als ein Deckmantel für die Unterstützung einer antiproletarischen Politik gekennzeichnet worden. Schon lange sind die Konsumvereine Botenwerke der SPD. Die reformistischen Genossenschaftsführer haben bei ihrer ständigen Hinführung der SPD. nur eine viel vorzüglichere Zahl als die reformistischen Gewerkschaftsführer angewandt. Bei den letzten Parlamentswahlen hat sich erst wieder deutlich gezeigt, wie die Konsumvereine als Hülfsmittel der SPD. benutzt wurden, um Wahlsimmen für die SPD. zu sammeln. In der Konsumgenossenschaftlichen Handhabe in Hamburg, dem „Genossenschaftler“ in Stuttgart, der Zeitung der Berliner Konsumgenossenschaft usw. wurde bei der Wahl offen die Frage der Stimmabgabe für die SPD. gestellt und dabei heuchlerischer Weise die schändliche Rolle der SPD. gegenüber den Konsumvereinen bedeckt.

In der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis“ vom 15. Juni, dem Zentralorgan des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, nimmt Peter Schlaich zu „Konsumgenossenschaften und Wähler“ Stellung. In dem Artikel werden aus dem Genossenschaftszeitungen des Zentralverbandes Auszüge zitiert und Schlaich schreibt dann:

„Das ist Parteipolitik reinkostet Wassers im Sinne der sozialdemokratischen Partei... Wer deshalb, wie die beiden Blätter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine es tun, einleitend für die Sozialdemokratie Wahlpropaganda macht, ist erfahrungspolitisch nicht neutral und zweitens schädigt er die Interessen der gesamten deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.“

Aus diesen Worten klingt wieder deutlich die alte Eifersucht der Führer des Reichsverbandes gegen die sozialdemokratischen Genossenschaftsführer in Hamburg. Jeder von beiden will den einzig wahren „neutrale“ sein und die „Interessen der Konsumgenossenschaftsbewegung“ allein in Anspruch haben. Dabei sprechen beide nicht diese Rolle. Die heute noch reformistisch geleiteten Konsumvereine des Zentralverbandes sind Botenwerke der SPD. und unterstützen unumkehrte die Politik der SPD. Die sozialist-katholischen Konsumvereine des Reichsverbandes sind Botenwerke des Zentrums, und unterstützen, wo sie können, die Politik des Zentrums. Wie gerade jetzt, wo SPD. und Zentrum „einträchtig“ in der neuen Koalitionsregierung zusammenarbeiten, wieder der Reichsverband mit seinen alten Eifersüchtigen beginnt, ist unerträglich. Die proletarischen Mitglieder der Konsumvereine des Zentralverbandes und des Reichsverbandes müssen den Deckmantel der „Neutralität“ überall beiseite rücken und die Konsumvereine zu proletarischen Klassenorganisationen machen.

Verantwortlich für Berlin und Jucht: Gebrauchsvertrieb, H. v. M., Berlin, Wilmersdorf, „Kommunist“, Berlin N. 25, Adreß: Unter den Linden 2.

Weshalb Hungerlohn?

An Hand der Funktionszeitschrift des Bergarbeiterverbandes kann man folgende Aufstellung über die Verdienste in den verschiedenen Steinkohlenebenen Deutschlands machen. Die angeführten Löhne wurden zwar im März dieses Jahres gezahlt, doch hat sich ihre relative Höhe in der Zwischenzeit nicht geändert.

	Dauer	Gesamtbelegschaft
Ruhrgebiet	9,55	8,24
Wagen	8,60	7,40
Oberschlesien	8,88	6,08
Sachsen	7,99	7,21
Niederschlesien	6,88	6,07

Die Unternehmer begründen die Differenz zwischen den Löhnen der einzelnen Reviere mit der Differenz in der Kopfleistung. Wie steht es jedoch damit? Im 4. Quartal des vergangenen Jahres (neueren Zahlen stehen uns leider nicht zur Verfügung) wurde pro Kopf der Untertagebelegschaft gebergelt (in Kilogramm):

Oberschlesien	1691
Ruhr	1434
Niederschlesien	1105
Sachsen	898

Oberschlesien mit der höchsten Kopfleistung steht mit seinen Löhnen erst an dritter Stelle. Niederschlesien hat eine weit größere Kopfleistung als Sachsen, steht aber mit den Löhnen an letzter Stelle.

Damit ist gezeigt, daß die Lohnhöhe nicht von der Kopfleistung abhängt. Durch eine starke aktive Organisation ist es also durchaus möglich, für Niederschlesien eine wesentliche Lohnsteigerung durchzusetzen. Der bevorstehende Ablauf der Lohnsätze ist dazu eine günstige Gelegenheit.

Wälscher Tod. Am Sonntag starb an Herzschlag der frühere Schloßmeister und Hausbesitzer Födner aus Weisklein.

Bergarbeiterkinderfest in Weisklein. Am Sonntag wurde von der Jährlings Weisklein des Bergarbeiterverbandes das schon lang ersehnte Kinderfest veranstaltet. Um 14 Uhr sammelten sich alle Kinder mit Eltern auf dem Spielplatz am Turnerheim, von wo es geschloffen nach der Gemeindegasse ging. Dort wurde ein Gartenfest aufgezogen. Für Tisch und Würfelstische sowie Getränke wurde gesorgt. Ein Schießstand war ebenfalls errichtet. Für das Gartenkonzert war die Waldenburger Untergaulehne des RFB bekleidet worden, welche auch ihr Bestes zum Vortrag brachte. Für die Kinder gab es allerlei Besorgungen, welche aber durch den kräftig einsetzenden Regen behindert wurden. Schon sah es aus, als ob die Bemühungen der Funktionäre umsonst gewesen wären, aber das Wetter wurde doch besser, und die Veranstaltung konnte zu Ende geführt werden. Für jedes Kind wurde Bäckchen, Semmel und Kaffee gegeben. Am Abend fand ein Fackelzug der Kinder statt. Eine volle Zufriedenheit herrschte unter allen Teilnehmern. Der RFB-Kapelle ist ein allgemeines Lob ausgesprochen worden. Zum Abschluß des Festes fand im Saal der Gemeindegasse ein Tanzfrühstück statt.

Niederschlesien

Görlitz

Wie bekämpft man die Wohnungsnot?

In immer größerem Maße nimmt auch die Arbeiterschaft zum Wohnungsnotproblem Stellung. So hat z. B. eine Funktionsversammlung sowie eine Jährlingsversammlung der Berliner Zimmerer folgenden Antrag an den AVGH-Kongress gerichtet: „Die katastrophale Wohnungsnot ist in Deutschland infolge der wucherischen, privatkapitalistischen Bauwirtschaft nach Krieg und Inflation Jahr für Jahr schlimmer geworden. Sie kann nicht dadurch überwunden werden, daß die Bauarbeiter länger als 8 Stunden und zum Teil in Afford arbeiten. Sie ist nur wirksam zu bekämpfen durch rücksichtslose Eingriffe in die privatkapitalistische Bau- und Wohnungswirtschaft. Der dreizehnte Kongress der Gewerkschaften fordere deshalb:

1. Einen umfassenden Mieterchutz und ein wirksames Mißbehaltungs- und Kontrollrecht der Mietervertretungen in allen wesentlichen Fragen der Verwaltung und Instandhaltung der Gebäude. Insbesondere ist jede Zwangsraummung ohne vorherige Sicherung eines mindestens gleichwertigen Ersatzraumes zu verbieten.
2. Die Mieter dürfen in keinem Falle, auch nicht durch steuerliche Maßnahmen des Reiches, der Länder und der Gemeinden die Mietmiete übersteigen.
3. Ein Wohnungsbauprogramm, das bis auf weiteres die jährliche Erstellung von 360 000 Wohnungen sicherstellt, ist schleunigst durchzuführen.
4. Die Hauszinssteuer ist zwecks Senkung der Mieten aufzuheben, solange sie noch besteht, in vollem Umfange für den kommunalen Wohnungsbau zu verwenden.
5. Die weitere Finanzierung des Wohnungsbauprogramms ist durch Heranziehung aller verfügbaren Mittel der Sozialversicherungskassen zu niedrigstem Zinsfuß und Aufnahme langfristiger Anleihen, deren Verzinsung durch Beihilfen erfolgen muß, zu sichern.
6. Die Herstellung der neuen Wohnungen einschließlich der dazu nötigen Baumaterialien und Wohnungseinrichtungen hat in eigener Regie der Kommunen unter Ausschaltung der privatkapitalistischen Bauunternehmungen zu erfolgen.
7. Der Bau der neuen Wohnungen ist so zu verteilen, daß auch während der Wintermonate die gesamte Bauarbeiterchaft produktive Beschäftigung hat.

Der 13. Kongress der Gewerkschaften fordert die Bauarbeiterchaft auf, allen Widerständen zum Trotz den Kampf um den ungeheuerlichen Mißstand gegen jede Affordarbeit und für die Beschaffung der durch Frost und Regen ausgefallenen Arbeitszeit fortzusetzen und sich weiterhin überall mit aller Kraft für den kommunalen Wohnungsbau einzusetzen.

Die Wälscher Spiele am 14. Mitteldeutsche Verbandsspiel im Wasserball. Am Sonntag wurde in Görlitz die Mitteldeutsche Verbandsspiel im Wasserballspiel angesetzt. In die Aufstellung kamen Görlitz (14. Kreis), Dresden (4. Kreis), Halle (2. Kreis) und Jena (6. Kreis). Jena partete nicht. Im Wasserballspiel am Sonntag traten an: Dresden — Görlitz und Halle — Dresden II. Sieger wurden Dresden und Halle, die am Sonntag zum Wasserball um die Mitteldeutsche Verbandsspieler-

Oberes Revier

Friedland. Göttinger sozialdemokratisch. Vor einigen Tagen erschien in der „Dresdener“ eine Note, die unseren Gewerkschaften mit Schmutz bewarf. Dazu erhalten wir von dem Gewerkschaften ein Schreiben, dem wir folgendes entnehmen: Der „Dresdener“ Berichterstatter wird nicht in der Lage sein, mir nachzuweisen, daß ich auch nur eine Woche länger als 48 Stunden arbeiten ließ. Der Vorwurf, ich hätte zwei Kollegen brotlos gemacht, ist ebenfalls erlogen. Der Sachverhalt ist folgender: Ich erhielt von der bauausführenden Behörde den Auftrag, infolge technischer Schwierigkeiten mit 7 Mann weiterzuarbeiten oder ganz auszuweichen. Es bestand jedoch die Möglichkeit, die zwei Mann in einer anderen Kolonne zu beschäftigen. Wenn sie es ablehnten, so kann ich nichts dafür. Zur Charakterisierung des famosen „Dresdener“ Berichterstatters sei gesagt, daß er nach acht Stunden Arbeit an Sonn- und Wochentagen in Gasthäusern leinert und sich brüftet, dabei mehr als mit der schweren Tiefbauarbeit zu verdienen, ohne zu bedenken, daß er damit anderen Klassenoffen das Brot wegnimmt. Der Berichterstatter war es auch, der bei der Arbeit bei der Bahnunterführung in Langwiesenthal, als einmal zehn Stunden gearbeitet werden mußte, gesagt hat: „Ja, wenn man alle Tage so arbeiten könnte, würde man etwas verdienen.“ Das Urteil über den „Dresdener“ Berichterstatter, der selbst gegen die elementarsten Grundätze des Klassenkampfes verstoßt, sich aber dazu hergibt, gegen kommunistische Kollegen erlogene Angriffe zu richten, überlassen wir den Arbeitern selbst.

Landeshut

Arbeiter, besucht das Stadtparlament

Donnerstag, den 2. August, 1930 Uhr, findet eine Stadtverordnetenversammlung statt mit acht Tagesordnungspunkten; u. a. Ausbau

Verzweifelte Lage der Textilarbeiter

Aus den Landeshuter Textilbetrieben wird uns gemeldet: Die Rationalisierung, welche von den Reformisten vor Jahren als das Allheilmittel zur Hebung der Arbeitsmöglichkeiten nicht laut genug johlen werden konnte, wird sich immer mehr und mehr aus. Das Reformisten-Schlagwort: „Erhöhe Produktion durch rationalisierte Arbeitsmethoden bringt Preisabbau, dieser wiederum erhöht den Absatz und damit mehr Arbeitsgelegenheit“, ist merklich verstimmt. Endlich im Laufe des Jahres

Hundert von Textilarbeitern und -arbeiterinnen zur Entlassung gekommen.

Weitere Entlassungen trotz Arbeitszeitverkürzungen sind zum Teil durchgeführt resp. angekündigt. So sind vorige Woche wieder bei den Firmen Hamburger wie Gyner Kündigungen erfolgt; trotzdem immer noch eine Anzahl Weber oder Weberinnen mehr als die früher übliche Zahl zwei Stühle bedient. Die bei den letzten Lohnverhandlungen erreichten 12 Prozent Zulage (welche übrigens für die im Afford Arbeitenden nur selten zur Auszahlung kommen, sind durch die Billigung des Drei- und Vier-Stuhl-Systems zu teuer erlauft. Es bleibt unverständlich, wie die Vertreter der Gewerkschaften in einer Zeit, wo Hunderte arbeitslos auf der Straße liegen, einer derartigen Ein-

des Wohnhauses des Ledermanns für eine Jugendherberge und Ueberlassung von Baugesand an die Heimstättenoffensivität an die Deutsche Land- und Baugesellschaft, an die Siedlungsgenossenschaft der Kriegsbeschädigten und an die Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Eigene Scholle“. Weiter liegt u. a. ein Schreiben des Richters des Stadt. Schöffengerichtes um Abstellung der unthätigen Klosterverhältnisse in dem Lokale vor. Zum Schluß soll wieder, wie in der vorigen Sitzung, Stellung zu Besoldungsfragen (die ohnehin schon mit Monatsgehältern von 688, 641 und 614 Mark bedachten Beamten hatten sich bei der Regierung beschwert) genommen werden. Der Unzufriedenheit dieser Herren stellen wir gegenüber die erbärmlich niedrigen Unterstützungssätze der ausgesetzten Arbeitslosen von 8—18 Mark wöchentlich, der in der Arbeitslosenfürsorge stehenden Arbeiter und der Kurzarbeiter in den hiesigen Betrieben. Arbeiter! Arbeiterinnen! Besucht die Stadtverordnetenversammlung, und ihr werdet sehr bald die geradezu arbeiterfeindliche Einstellung der heutigen Mehrheit im Stadtverordnetenparlament praktisch vorgeführt bekommen.

Lebau. Stadtverordnetenversammlung. Die am Freitag stattgefundene Stadtverordnetenversammlung hatte als ersten Punkt den Antrag auf den Bau des im vorigen Jahre beschlossenen Familienhauses zu erörtern. Kostenschätzungen waren eingegangen wie folgt: Eckert 57 686 Mk., Stöcker 57 680 Mk., Bauhütte 56 188 Mk., Reich 51 878 Mk. und Pöhl 56 651 Mk. Die kommunistische Fraktion verlangte die Vergebung an die „Bauhütte“, während die Bürgerlichen dem Magistratsantrag gemäß Herrn Eckert, weil er Lebauer ist, vorschlugen. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für Eckert. Zur Beschaffung des Rathauses lag ein Magistratsantrag vor, welcher die Zustimmung der Stadtverordneten zur eventuellen Anlegung von Zentralheizung wünschte. Unsere Genossen verlangten, daß zunächst mal ein Urteil der Baukommission vorgelegt werden müsse, welche zu prüfen habe, ob die Daken, die erst fünf Jahre alt sind, schon wieder reparaturbedürftig sind. Die Vorlage wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Anstatt Mobilisierung der Massen gegen einen derartigen Schiedsspruch helle Freude über den erzielten „großen Erfolg“. Anstatt Kündigung des Arbeitszeitabkommens mit der Forderung der 46-Stunden-Woche Behauptung der Ausbeutung bis zu 63 Stunden. Eine derartige Taktik der Gewerkschaftsleitungen muß naturgemäß die Unternehmer frech werden lassen; wie das jetzt in fast allen Betrieben am Orte zu bemerken ist. Wenn es nicht paßt — kann sich die Papiere holen. Mißbilligung der Betriebsräte — Quatsch. — Wir bestimmen, wir Herren Aktionäre und Direktoren. Wir bestimmen die Leistung. Wir bestimmen die Höhe des Lohnes. Wir lassen arbeiten wenn und wie lange wir wollen. Dieser Grundsatz ist zwar nicht demokratisch, aber für diese Sorte „Demokraten“ praktisch.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie! Macht Schluß mit solchen euch entwürdigenden Verhältnissen, stellt die Geschlossenheit, wie sie bis 1928 war, wieder her. Verlangt auskömmliche Löhne, den Achtstundentag und die 46-Stunden-Woche. Nicht Klassenharmonie mit dem Kapital, sondern schärfsten Kampf dem Kapital. Nur so wird die zunehmende Frechheit der Textilgigantischen gebrochen und annehmbare Verhältnisse geschaffen werden.

bereichern wollen und dabei den Landwirt Dombrowski aus Klitz bei Halbau geschädigt. Der Sachverhalt ist folgender: Das Ehepaar Neufert mußte infolge Verschuldung ihr Bestium in Michelbors, Kreis Haynau, verkaufen. Mit dem Erlös wollte die Frau Neufert, da ihr Mann schon den Offenbarungseid geleistet hat, auf ihren Namen das Grundstück des Dombrowski kaufen. Zwischen den beiden Parteien wurde nun vereinbart, bei dem Notar nicht die volle Kaufsumme anzugeben, also einen Schwarzkauf zu tätigen, um den Steuern aus dem Wege zu gehen. Auf dem Wege vom Notar zum Bahnhof wird Frau Neufert dem Dombrowski 1000 Mk. als Anzahlung ohne Quittung gegeben haben. Dombrowski dagegen erklärt, keinen Pfennig von ihr erhalten zu haben. Frau Fobitz aus Haynau behauptet, daß sie der Neufert Geld geborgt hätte. Diese Aussage rettete sie vor dem Gefängnis. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, das Gericht jedoch sprach sie frei. — Aus der Haft vorgeführt wurde der Zimmermann Koltz, aus Breslau gebürtig, dem die Anklage vorwirft, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung begangen zu haben. Es ist der Vorfall, über den wir schon berichteten, und bei dem unsere Ordnungshüter tüchtig den Gummitruppel geschwungen haben. Der Angeklagte, der einen gleichgültigen Einbruch macht, gibt an, am dem Abend sinnlos betrunken gewesen zu sein und kann sich auf nähere Einzelheiten nicht mehr erinnern. Ein Polizeibeamter wird als Zeuge vernommen, der bekundet, daß sich der Koltz „sehr widerpenstig“ benommen hätte. Von der Gummitruppelaktion fällt kein Wort. Die Anklage auf Körperverletzung wird fallen gelassen, da der Angeklagte keinen Gegenstand dazu gebraucht. Wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt erhielt er zwei Monate Gefängnis (!) Diefelbe. Strafe erhielt sein Kollege, der zu der Verhandlung nicht erschienen war.

Liegnitz

Die Stadt wechelt gegenwärtig die Wassermesser aus, und zwar sind bis zum 1. Juni bereits 1 889 Stück ausgemesselt worden, während 800 Stück neu angefordert werden. Für die künftige Auswechslung und die Beschaffung der Apparate werden von der Stadt 20 000 Mark beantragt. Die Auswechslung hat schon jetzt erhöhte Einnahmen in Gestalt von Mehrverbrauch zur Folge gehabt.

20 Morgen Gerste verbrannt. Am Sonntag geriet durch Funkenauswurf einer D-Zug-Lokomotive ein Gerstenfeld des Dominiums Jeschendorf in Flammen. 20 Morgen Gerste verbrannten.

Aus dem Riesengebirge

Heraus zur Hirscherger Antikriegsdemonstration!

Sämtliche RFB-Kameraden und Parteigenossen treten am Freitag 18 Uhr auf der Unteren Promenade zur Antikriegsdemonstration an. Erscheinen jedes Kameraden und Genossen ist Pflicht.

Der gefährliche Verband. Ein Einwohner in Gerischdorf war bei einer Gebirgspartie von einer Fliege in den Arm gestochen worden, der halb anschwoll. Der Arzt legte den Arm in einen Spiritusverband. Als sich der Patient später eine Zigarette anzündete, fing der Verband Feuer. Glücklicherweise gelang es dem Verletzten, das Feuer zu löschen.

schaft antraten. Dresdens Mannschaft, als die technisch und auch schwimmerisch bessere, besiegte Halle nach einem schönen, flotten Spiel mit 5:2 Toren.

Drei Häuser niedergebrannt. In Hähnichen brannte das Wohnhaus des Häuslers Hilberga bis auf die Grundmauern nieder. Das Feuer griff auf die auf der anderen Straßenseite stehenden Häuser des Häuslers Köhle über und legte sie ebenfalls in Asche. Der Schaden ist beträchtlich.

Nachruf und Dankagung. Aus Riezly wird uns geschrieben: In alter Stille ist unser altbekannter und bewährter SPD.-Genosse Daniel Zappei aus jenen Wirkungskreise als Partei- und Gewerkschaftsleiter ausgeschieden. Seine mühevollen Arbeit gegen die SPD. hat ihn dahin gebracht, daß er sich jetzt in Görlitz erholen kann. Er ist aus dem öffentlichen Leben entwichen. Im goldenen Buch der SPD. ist ihm gewiß für seine „redliche Arbeit“ eine Seite gewidmet. Für seine Bedeutung hat nun endlich der SPD.-Vorstand in Görlitz Verständnis gehabt und ihn auf einen Posten gestellt, wo er keinen Schaden mehr anrichten kann. Im übrigen hat die Abjagung Zappeis wieder einmal gezeigt, daß selbst unter den sozialistischen Arbeitern sich eine oppositionelle Bewegung bemerkbar macht, die, wenn sie so weitergeht, auch nicht der SPD.-Vorstand in Görlitz niederrücken kann.

Festnahme. In Langenöls wurde der aus Magdeburg stammende Schmied Kerschhoff genommen, der mit dem berüchtigten Gelbichranknacker Paul Kirisch zahlreiche Dinger gedreht hat. Er hatte bereits drei Jahre in Sonnenburg gesessen und noch zweieinhalb Jahre zu verbüßen, ist aber mit Kirisch zusammen ausgebrochen. Um in Langenöls eine Jugendliebe zu beschaffen, fuhr er vorzichtshalber nur bis Petersdorf und ging dann zu Fuß. In Langenöls hat ihn das Schicksal ereilt. Er hatte 500 Mark bei sich und im Krugenteller zwei seine Stahlklagen. Höchstwahrscheinlich haben die beiden Ausbrecher schon wieder mehrere Einbrüche ihrer Spezialität verübt. Nach Kirisch sahen die Polizeibehörden noch. Wie wir schon erfahren, ist Kerschhoff in der letzten Nacht, nur mit einem Hemd bekleidet, schon wieder aus seiner im Partierre gelegenen Zelle ausgebrochen.

Fährlicher Radfahrerunfall. In der scharfen Kurve in Klabischau führte der Kantler Hermann Lange von dort mit seinem Fahrrad. Er flog mit dem Kopfe so unglücklich gegen eine Telegraphenstange, daß er sehr schwere Schädelverletzungen erlitt, an denen er nach einigen Stunden starb. Lange hinterläßt eine Witwe und sieben kleine Kinder.

Schweres Explosionsunglück. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich im benachbarten Steinitz, bei dem der Gastwirt Beger aus Leben im. Beim Füllen seines Motorrades mit Benzol aus einem im Nebengebäude befindlichen Behälter explodierte dieses und zerstörte das Gebäude sowie eine danebenstehende Scheune in Brand. Der Gastwirt wurde auf dem Dach völlig verkohlt aufgefunden.

Sagan

Der Saß verurteilt. Auf der Anklagebank des Erweiterten Landgerichts gegen die Frau Anna Neufert. Die Anklage warf ihr vor, sie hätte sich durch Vorspiegelung falscher Tatsachen

Fortbildungsschüler kommen noch immer ins Gefängnis

Wie ein in der Stadtverordnetenentscheidung gegebenes Verbrechen gehalten wird

Breslau, 1. August.

Bitterkeit aus der „Schmerzhaften“
Wie uns von Bewohnern der an die „Schmerzhaften“ (Ursullnerstraße) angrenzenden Häuser mitgeteilt wird...

Anlässlich der letzten Stadtberatungen über die kommunistische Stadtverordnetenfraktion im Stadtparlament...

Wir haben uns nun für den Fall interessiert und folgendes festgestellt: Der Vater des Sabla ist infolge eines Unfalls...

Die Mutter hat nach ihrer Angabe der Schule Entschuldigungsbeleg vorgelegt, die eine Anerkennung...

Riesenschwindel mit gefälschten Fahrkarten

Der amtliche Bericht meldet: Die Fahndungsabteilung der Breslauer Reichsbahndirektion hat gemeinschaftlich mit der Breslauer Kriminalpolizei einen Riesenschwindel aufgedeckt...

Thernitz, dessen Helfershelfer ein noch nicht ermittelter Eisenbahnbeamter ist, hat eine regelrechte Organisation zur Vornahme seiner Schwindelarbeiten aufgezogen...

Platzkonzerte des RFB

Donnerstag 19-20 Uhr auf dem Neumarkt; von 18.30-19.30 Uhr auf dem Brodauer Platz...

Das Ferienlager des Jung-Spartakus-Bundes

Uns wird von einem Jungpionier geschrieben: Mit diesen wenigen Zeilen will ich den Pionieren, die in ihren Ortsgruppen zurückgeblieben sind, einen kleinen Ueberblick geben...

Freitag Arbeiter-Kinderfest

in dem schon gelegenen Garten des Ostparks Morgenausgärtchen ausgeführt von der Schalmelkapelle des RFB...

Gepäckdiebstahl im Badwagen

Dem Fahndungsdienst der Reichsbahndirektion ist es gelungen, schon seit längerer Zeit beobachtete Gepäckdiebstahl aufzudecken...

Die Feuerwehr muß überaus helfen

wurde bei den Schachtarbeiten am Schweidnitzer Stadtgraben ein auf einem 350 Millimeter weiten Wasserrohr stehender Hydrant umgedreht...

Der Magistrat teilt mit, daß die infolge Erhöhung des Gemeindefiskus zur staatlichen Grundvermögenssteuer für die Monate

„Das würde nicht mehr vorkommen.“
Dieses Verbrechen ist nicht gehalten worden! Immer noch werden junge Menschen ins Gefängnis geworfen...

Von Amt zu Amt gehetzt

Zuschriften, aus denen das Ciend spricht

Es vergeht kein Tag, an dem uns nicht eine größere Anzahl von Zuschriften erreicht, in denen hungernde, hilflose Menschen ihr Ciend schildern...

Die meisten Klagen betreffen das Wohlfahrtsamt und seine sogenannten Ehrenbeamten. Da ist z. B. der erwerbslose Daniel Simrod...

paßte ihm der Bezirksvorsteher einfach am Arm, stieß ihn mit einem Gegenstand in den Rücken und warf ihn schließlich aus seinem Laden hinaus.

Auch eine Art, die Unterstützungsgesuche von Hilfsbedürftigen zu erledigen!

Ein anderer Erwerbsloser erlebte nicht viel Besseres. Er wurde vom Bezirksvorsteher zum Wohlfahrtsdirektor, zur Kreisstelle und wieder zurück geschickt...

Haben Sie schon Karten

für das „Fest der Solidarität“ am 12. August im Bergkeller?

Karten bei allen Kolporteurs

April/Juli 1928 nachzahlenden Beträge bis zum 15. August 1928 an die städtischen Steuerstellen zu entrichten sind.

Obertor-Vollspiele. „Schwere Jungen, Leichte Mädchen.“ Ein heitiger Zille-Film nach einem Roman von Felix Salten...

Internationale Arbeiterhilfe
Heute Mittwoch Gesamtmitgliederversammlung im „Goldenen Saal“...

Werttätige von Strehlen, auf zur öffentlichen Volksversammlung

Der durch die Amnestie befreite Genosse Christian Heud spricht am Mittwoch 19.30 Uhr im Volkshaus zur „Stadt Breslau“ in einer öffentlichen Versammlung...

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Breslau: Stadtteil Ost, Freitag 20 Uhr Funktionärssitzung im „Wesblytschloß“...

Werttätige von Strehlen, auf zur öffentlichen Volksversammlung

Der durch die Amnestie befreite Genosse Christian Heud spricht am Mittwoch 19.30 Uhr im Volkshaus zur „Stadt Breslau“...

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Breslau: Stadtteil Ost, Freitag 20 Uhr Funktionärssitzung im „Wesblytschloß“...

Werttätige von Strehlen, auf zur öffentlichen Volksversammlung

Der durch die Amnestie befreite Genosse Christian Heud spricht am Mittwoch 19.30 Uhr im Volkshaus zur „Stadt Breslau“...

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Breslau: Stadtteil Ost, Freitag 20 Uhr Funktionärssitzung im „Wesblytschloß“...

Werttätige von Strehlen, auf zur öffentlichen Volksversammlung

Der durch die Amnestie befreite Genosse Christian Heud spricht am Mittwoch 19.30 Uhr im Volkshaus zur „Stadt Breslau“...

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Breslau: Stadtteil Ost, Freitag 20 Uhr Funktionärssitzung im „Wesblytschloß“...

Werttätige von Strehlen, auf zur öffentlichen Volksversammlung

Der durch die Amnestie befreite Genosse Christian Heud spricht am Mittwoch 19.30 Uhr im Volkshaus zur „Stadt Breslau“...

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Breslau: Stadtteil Ost, Freitag 20 Uhr Funktionärssitzung im „Wesblytschloß“...

Werttätige von Strehlen, auf zur öffentlichen Volksversammlung

Der durch die Amnestie befreite Genosse Christian Heud spricht am Mittwoch 19.30 Uhr im Volkshaus zur „Stadt Breslau“...

Heraus zum 14. Internationalen Jugendtag

Jungarbeiter, Kollegen, Kameraden!

Am 1. und 2. September wird das Jungproletariat der ganzen Welt zum 14. Male zum Internationalen Jugendtag aufmarschieren, es wird aufmarschieren zum Kampfe gegen imperialistischen Krieg, gegen Faschismus und jede andere Form der Reaktion, für die Forderungen des Jungproletariats, für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Geschichte des Internationalen Jugendtages stellt einen wichtigen und ruhmreichen Abschnitt der revolutionären Arbeiterbewegung dar. Es waren Jungarbeiter, die bereits im Jahre 1915 dem Rufe Karl Liebknechts: „Krieg dem imperialistischen Kriege!“ folgten. Sie demonstrierten gegen das Massenmorden zu einer Zeit, da noch der übergroße Teil der erwachsenen Arbeiter von der Sozialdemokratie verführt, im Interesse der Kapitalisten sich auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges mordeten.

Das war der erste Internationale Jugendtag, von dem man mit Recht sagen kann, daß er den revolutionären Ausschlag der deutschen Arbeiterbewegung einleitete.

Inzwischen sind 13 Jahre verfloßen. Jungarbeiter, Ihr wißt, was in dieser Zeit geschehen ist. Im Kampfe für Frieden, Freiheit und Brot vernichteten die russischen Arbeiter und Bauern unter der Führung der Bolschewiki die Herrschaft des Kapitals und errichteten die Diktatur des Proletariats, in Deutschland hingegen ist die revolutionäre Arbeiterschaft mit Hilfe sozialdemokratischer Führer niedergeschlagen worden. Die Kapitalisten sind zusammengeschlossen in gemäßigten Wirtschaftsverbänden und diktieren dem Proletariat rücksichtslos ihren Willen, sie rationalisierten die Betriebe. Und Ihr jungen Arbeiter und Arbeiterinnen müht euch an Stelle eurer erwachsenen Kollegen für weniger Lohn bei langer Arbeitszeit zu schuften.

Damit Ihr die Ursachen eurer Ausbeutung nicht erkennt, werdet Ihr auch geistig unterdrückt, das Schund- und Schmutzgesetz soll diese Anbeulung verstärken, durch sie sollt Ihr ganz und gar der bürgerlichen Gedankenwelt ausgeliefert werden, die Euch auch für neue imperialistische Kriege zu begeistern sucht.

Die offene Bürgerblutregierung, die solche Gesetze erließ, ist jetzt durch eine Koalitionsregierung ersetzt worden. In dieser Regierung sitzen neben Vertretern schwerkapitalistischer Parteien auch sozialdemokratische Führer.

Glaubt Ihr, Jungproleten, daß man zusammen mit den Kapitalisten eure Lage verbessern kann?

Glaubt Ihr, daß diese Regierung eine Politik des Friedens be-



treiben kann? (Der Bau des Panzerkreuzers ist nur um Monate verschoben worden.)

Nein! Zur selben Zeit, wo Sozialdemokraten in der Regierung sitzen, betreiben die Sozialdemokraten eine wirkliche Heise gegen Sowjetrußland.

Jungarbeiter! Vertraut nur auf die Kraft der Arbeiterschaft und beginnt Euch auf eure eigene Kraft.

Marschiert mit uns auf

gegen Militarismus und imperialistischen Krieg,
gegen die Koalitionsregierung,
für Verteidigung Sowjetrußlands,
für die Arbeiter- und Bauernregierung.

für 6-Stunden-Tag und 4 Wochen Urlaub der Jugendlichen, gleicher Lohn für gleiche Leistung, Abschaffung der Kofforarbeit für Jugendliche, gegen die Prügel- und Arreststrafen in den Fortbildungsschulen, Aufhebung des Schmutz- und Schundgesetzes.

Jungarbeiter aus den Betrieben! Zeigt durch Teilnahme an diesem Jugendtag, daß Ihr gewillt seid, für eure Forderungen einzutreten. Schickt Delegationen. Nehmt in Delegationsversammlungen zum Jugendtag Stellung.

Für alle Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen heißt die Losung: Auf zum 14. Internationalen Jugendtag am 1. und 2. September in Hirschberg.

Kommunistischer Jugendverband Schlesien,
Rote Jungfront Schlesien.

Wir sind das Schwert!

Von Ludwig Lassen.

Wir sind das Schwert, das kampfbereit
Die neue Zukunft stammend schwingt, —
Wir sind der junge Sturm der Zeit,
Der alle Dumpsheit frisch durchdringt, —
Wir sind die Rächer aller Fron
Und heben hoch empork das Haupt,
Denn in den Staub zwingt Haß und Droh'n
Nicht den, der an die Sonne glaubt!

Wir sind das kommende Geschlecht,
Das Not gestählt und Qual geküßt,
Wir fordern unser Menschenrecht
Und schweigen nicht, bis sie's erfüllt!
In unserm Arm, in unserm Hirn
Liegt aller Zukunft Glück und Glanz,
Und rot flammt uns um un're Seiten
Der Jugendrosen Blütenkranz!

Wir sind der Arbeit junger Sproß!
Und wer da kämpft im Daseinskrieg,
Der sei uns Freund und Weggenoss!
Im Alltagskampf und Zukunftskrieg!
Wir sind des Volkes Frühlingkraft,
Die vorwärts strebt, aufwärts begehrt,
Die mit am Werk der Zukunft schafft,
Wie hoch es ragt... wir sind das Schwert!

Beantwortlich: Für den politischen Teil Kurt Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt“ und „Waldburg“ Wilhelm Krowal, für „Breslau“, „Örtlich“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil Theodor Keller, Gletsch. — Für Inzerate W. Gerber, Breslau.

Unser Saison-Räumungs-Ausverkauf

beginnt Mittwoch, den 1. August

Gewaltiger
und größer als
je zuvor soll dieser

Ausverkauf werden. — Alle

bisherigen Preise sind auf das

Alleräußerste herabgesetzt worden.

Große Posten unserer bekannt guten Qualitäts-
waren zu staunend niedrigen Preisen.

Besichtigen Sie unsere
Schaufenster und
Auslagen.

Gebr. Markus

Gleiwitz G.m.b.H. Hindenburg

Möbel Preiffer!

Teilzahlung
Geringe Anzahlung!
Kleine Rate!
24 Monate bis 36 Monate Kaut!

Besichtigen Sie unser reichhaltiges Lager in

Schlafzimmer	Modernes Küchen
Speisezimmer	Korbmöbel
Berufszimmer	Metall - Verschieben

Einzelstück aller Art
Sie kaufen bei uns zu billigsten Preisen
Eigener Auto - Verkehr

BEUTHEN BOHENZOLLERN
GLEWITZ KRONPRINZENSTR. RING 11
OPPELN KRAKAUERSTR.

Beuthen

Hüte, Mützen, Oberhemden
Trikotagen, Schirme, Stöcke
Herrenartikel-Bazar
F. Karliner, Beuthen OS.
Schießhausstraße, Ecke Ring

Photostudio

M. Fiala
Beuthen - Hofsberg
Scharleher Straße 9

Arbeiter

Billig und gut kaufen Sie
jederzeit neue sowie getragene
Anzüge, Hosen, Jacketts, Wäsche
Schuhwerk sowie Berufskleidung
aller Art in der
Berliner Kleiderhalle
Beuthen
Siemianowitzer Chaussee Nr. 1

S. Glas jr.

Bestes Arbeiter-Garderobengeschäft
am Platz
Beuthen, Ring 18, Eing. Krakauerstr.

Schuhwarenhaus

sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel
Heinrich Kulosa
Biskupitz, Beuthener Straße 107
Reelle Bedienung :: Billige Preise

Oberschlesien

Hindenburg

Max Tidauer

Schokoladen u. Zuckerwaren
Hindenburg Gleiwitz
Bahnhofstr. 1 und Wilhelmstraße 43
Kronprinzenstr. 133 en gros / en detail

Sie sparen viel Geld

wenn Sie Ihren Bedarf in Möbel
schon jetzt eindecken. Wir verkaufen
trotz eingetretener Preiserhöhung bis
auf weiteres noch zu alten Preisen
u. günstigen Zahlungsbedingungen

Möbel-Meyer

Hindenburg OS.
gegenüber dem „Admirals - Palast“

Ad. Krutzberger, Hindenburg

Spezialhaus für gute
Herren- u. Knabenbekleidung
Maß-Anfertigung :: Billige Preise

Georg Pollak

Hindenburg, Dorotheenstrasse 8
Größtes Spezial-
Damen - Konfektionshaus
Billige Preise = Reelle Bedienung

Beuthen

Gebr. Baifert

Fleisch u. Wurstwaren
Beuthen OS., Gleiwitzerstr. 5

Paul Bromisch

Feinste Fleisch-, Wurst- und
Räucherwaren
Beuthen O.-S., Piskarer Str. 29

Julius Kochmann

Fabrik feiner Liköre
Hindenburg OS.
Fernruf 2503

Jahresbilanz der Zementbarone

Pro Tag und Arbeiter 6,74 Mark Reingewinn

Die Portland-Zement-Fabrik „Stadt Oppeln“, Aktiengesellschaft, in Oppeln, veröffentlichte vor kurzem folgenden Bericht für das Jahr 1927:

„Die Bilanz auf 31. Dezember 1927, die jedoch besanlagtgeben wird, schließt in Aktiva und Passiva mit 2 887 938,31 Mark. Das Gewinn- und Verlustkonto balanciert mit 2 176 693,06 Mark. Das Gewinnsaldo beträgt 303 422,29 Mark. Zur Verteilung kommen 4 Prozent Dividende mit 80 000 Mark und 8 Prozent Nachdividende mit 160 000 Mark. Dem Reserve- und dem Pensionsfonds werden je 20 000 Mark überwiesen und 5830,06 Mark auf neue Rechnung vorgetragen.“

Versuchen wir einmal zu errechnen, wieviel jeder in dieser Fabrik beschäftigte Arbeiter beigetragen hat, um die Aktionäre in den Besitz der 12 Prozent Dividende gelangen zu lassen.

Die Gesamtbelegschaft ist dort etwa 150 Mann stark. Bei einem Jahresreingewinn von 303 422 Mark betrug der

Jahresgewinn pro Arbeiter 2023 Mark.

Berechnet man das Jahr mit 300 Arbeitstagen, so ergibt sich, daß der Gewinn pro Arbeiter und Tag 6,70 Mark

betrug. Nimmt man an, daß der Arbeitstag acht Stunden betrug (in Wirklichkeit wird länger gearbeitet), so zeigt es sich, daß die Aktionäre von jedem Arbeiter pro Stunde 0,84 Mark erhielten.

Wie hoch sind nun die Verdienste der Arbeiter und Arbeiterinnen? Der höchste Wochenverdienst (mit Überstunden) betrug 60 Mark. Die Arbeiterinnen erhielten in der Spitze 50 Pfennige Stundenlohn. Im Steinbruch betrug der Wochenverdienst etwa 48 Mark. Stundenlohn der Handwerker war 77 Pfg.

Soll man zu diesen Tatsachen einen Kommentar schreiben? Die ober-schlesischen Zementarbeiter dürfen in der bevorstehenden Lohnbewegung sich von kleineren Mageliebenden der Zementbarone beeinflussen lassen und müssen eine ausreichende Aufbesserung ihrer Löhne erzwingen.

Frauen kommt nach Oppeln!

Die Oppelner Genossin Helena Pogrzeba sendet uns folgende Schilderungen über die Eindrücke beim Stahlhelm-Aufmarsch in Oppeln. Die Zuhörerin wird angesichts des wiederkehrenden 4. August und des Roten Treffens in Oppeln insbesondere von unseren Leserinnen mit Interesse gelesen werden.

Wenn man so durch die Straßen schlendert, kann man verschiedene Urteile von den Arbeiterfrauen über den Stahlhelm hören. So hörte ich kürzlich einige Frauen kritisieren: „So eine Gemeinheit, die Leute so zu beschimpfen. Die gehen doch ruhig ihres Weges und tun keinem was. Aber das sind nur Strohlöhe, ein vernünftiger Mensch wird doch das nicht tun, und übrigens waren es keine Kommunisten, sondern nur Verbrecher.“ Wieder andere meinen: „Es paßt sich überhaupt nicht, daß sogar Frauen sich in solche Sachen einmischen.“

Das ist leichter gesagt, liebe Frauen, als getan. Ueberlegt es sich noch einmal und denkt etwas tiefer, denkt einmal zurück an die Kriegszeit. Mit welchem Mut sind eure Männer und Söhne hinausgezogen, und in welchem Elend seid ihr zurückgeblieben? Habt ihr vergessen, was für Not und Entbehrungen eure Kleinen gekostet? Ihr müßtet irgendeiner Beschäftigung nachsehen, um euren Kleinen den Vater zu ersetzen. Wieder andere Frauen wurden in den Betrieben beschäftigt, und wie wurden sie entlohnt? Wie kamen eure Männer und Söhne zurück? In wieviel Familien sind Lücken entstanden? Habt ihr vergessen euren Schmerz beim Helmschrei eurer Söhne und Männer? Wie sahen die aus, und wieviel Qualen mühtet ihr mit den Verwundeten ausstehen? Eure Herzen wurden mit angegriffen, denn euer Mann oder Sohn ist ein anderer geworden. Was haben die diesen Krüppelhäufel, was könnte man von den Irrenhäusern erzählen?

Und was brachte den Frauen die Nachkriegszeit? Erinnert euch, was habt ihr ausgestanden! Den Kranken Männern wollte man besser zu essen geben — man war es nicht imstande, denn von wo denn hernehmen? Ihr habt alle Groschen zusammengespart, dann habt ihr noch schnell einen Wied in den Schrank geworfen, ob dort nicht noch ein Stück ist, welches ihr entbehren könnt — und nun schnell aufs Land, da habt ihr etwas gekauft und waret glücklich, daß die Mäuler eurer Kleinen wieder etwas bekommen haben. Aber wie erging es euch am Dorfausgang? Alles wurde euch weggenommen. Ach, in welcher Verzweiflung waret ihr da!

Habt ihr das alles vergessen? O nein, ich, die ich an euch diese Worte richte, werde nie vergessen. Als mein Mann aus dem Kriege nach Hause kam und mich und mein Kind umarmen wollte, ach, welcher Schmerz für mich! Er hatte nur eine Hand und nur ein Auge! — Das sollen wir alles vergessen haben? — Nein, niemals! — Meinem Kinde erzählte ich von diesen Mördern.

Was bedeutete der Stahlhelm-Aufmarsch? Es werden neue Mörder gefammelt, um neues Elend zu schaffen. Frauen, laßt euch nicht überreden. Nehmt eure Männer und Söhne heraus aus dem Stahlhelm und seid nicht die Mitbewerber eines neuen Krieges. Erinnert euch an Männer und Söhne an die Gefahren und das Elend, das ihr ausgestanden habt. Wenn ihr euch das überlegt, dann werdet ihr nie mehr sagen, wir haben dem Stahlhelm unrecht getan.

Wenn ich es könnte, ich hätte jeden Stahlhelmer verprügelt, aber dazu bin ich als Frau leider zu schwach. Daß wir uns bei dem Stahlhelm-Aufmarsch gegen die Stahlhelmer gewandt haben, war unsere Pflicht.

Es kamen von allen Seiten die Stahlhelmer anmarschiert, und mer erlaubt sich, sie zu begleiten? Bring Wilhelm ganz ungeniert.

Er dachte: Im frommen Oppeln wird alles schreien hurra. Da gab es Keile doppelt, denn wir sind auch noch da.

Nie wieder erlaubt euch die Freiheit und kommt in unsre Stadt, da könnt ihr dann mehr erleben, wir haben euch bis oben satt.

Keine Verhinderung der Hüttenarbeiter-Entlassungen

Gestern konnte man in der bürgerlichen Presse folgende Mitteilung über die Verhandlungen über die angekündigten Arbeiterentlassungen in den ober-schlesischen Hüttenwerken lesen:

„Unter dem Vorbehalt des zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten fanden in Gleiwitz Verhandlungen zwischen der Verwaltung der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke und der Arbeiterschaft unter

Hinzuziehung der Organisationen über die beim Regierungspräsidenten angemeldeten Betriebsbeschränkungen auf der Donnerstagsmarche und im Gleiwitzer Stadtwerk statt. Belänglich hatten die Vertreter der Oberhüttenwerke beantragt, die gesetzliche Sperrfrist auf vierzehn Tage zu verringern. Der Vertreter der Gewerbeaufsichtsbehörde hielt eine Verkürzung der Sperrfrist jedoch nicht für notwendig, so daß damit gerechnet werden kann, daß die beantragte Betriebsbeschränkung im Vochowenwerk der Donnerstagsmarche, die von der Verwaltung mit der Ansammlung von etwa 22 000 Tonnen Kohlesen begründet wird, erst Mitte August eintritt. Im Gleiwitzer Stadtwerk handelt es sich vor allem um Einschränkungen im Stahlwerk und Bandagenwerk infolge Ausbleibens der Aufträge der Eisenbahn. Es müssen infolgedessen verschiedene Arbeitsstellen im Bandagenwerk eingestellt werden, während im Stahlwerk endgültig die Entlassung der dort beschäftigten Arbeiter durchgeführt werden muß. Der Vertreter der Gewerbeaufsichtsbehörde erklärte zum Schluß der Verhandlungen, daß der Antrag auf Verkürzung der Sperrfrist für einen Teil der Arbeiterschaft im Stahl- und Bandagenwerk auf vierzehn Tage begründet erschien, während er für den Rest nur eine Verkürzung auf drei Wochen genehmigen kann.“

Aus diesem Bericht geht hervor, daß die Entlassungen nach Ansicht der Gewerbeinspektion unvermeidlich seien. Der Streit bei den Verhandlungen ging nicht um die Vermeidung der Entlassungen, sondern lediglich um die Frage, ob die Arbeiter in zwei oder „erst“ in drei Wochen auf die Straße fliegen sollen. Die Forderungen der Gewerkschaftsvertreter reformistischer und christlicher Couleur gehen aus dem Bericht leider nicht hervor. Die Tatsache, daß das sozialdemokratische „Volksblatt“ die oben zitierte Meldung ohne Kommentar bringt und den Standpunkt des Metallarbeiterverbandes zu den gefassten Beschlüssen erst für die nächste Nummer ankündigt, läßt vermuten, daß der Kollege Nowak bzw. sein Stellvertreter gar nichts oder nur wenig zu sagen haben.

Das wirksamste Mittel gegen Arbeiterentlassungen ist Verkürzung der Arbeitszeit. Hüttenarbeiter, reißt hincin in den Metallarbeiterverband, organisiert den Kampf gegen die Entlassungen und für Arbeitszeitverkürzung.

FÜR DEN SCHUTZ DER
SOWJET UNION
HERAUSZUG DER ANTIMILITARISTISCHEN WOCHEN DER ROTEN JUNGFRONT 4. - 12. 8.

Lohnerhöhung, die keine war

Ein Bergarbeiter aus Hindenburg schreibt uns: Der verheiratete Lagersarbeiter F., welcher für den Unterhalt seiner Frau und eines Kindes zu sorgen hat, hatte im Monat Juni einen Bruttolohn von 111,19 Mark gehabt. Davon wurde abgezogen:

Krankenkasse	4,49 Mark
Pensionskasse	10,60 Mark
Invalidenversicherung	4,38 Mark
Erwerbslosenversicherung	1,81 Mark
Sterbekasse	0,48 Mark
Anerkennungsgebühr für Kohle	1,50 Mark
Summe der Abzüge	22,91 Mark

Der monatliche Nettoverdienst des Arbeiters betrug also 88,28 Mark.

Von diesem Geld sollen sich drei Personen beschäftigen, beideiden und viele zahlen. Die Dauer unter Tage verdienen wohl etwas mehr, doch haben sie auch größere Ausgaben, weil sie besser essen müssen und mehr Kleidung brauchen. Also, es kommt auf ein heraus. Die meisten Arbeiter geben am Lohnstage ihr Geld restlos für die im Laufe des Monats gemachten Schulden aus, so daß nach einigen Stunden die Familie wieder ohne einen Pfennig Geld ist. Bleibsch müssen die kaum der Schule entwachsenen Kinder zur Bekleidung des Lebensunterhaltes beistehen. Der Gehaltsvollzieher ist ein oft geklagter Gast. Das ist das wahre Gesicht der Lohn-„Erhöhung“, die die reformistischen Führer als einen Erfolg bezeichnen. Doch der Bergmann glaubt es nicht, weil sein Elend das alte geblieben ist.

Beuthen

Drei Todenfälle. Am Sonnabendabend besuchte in dem Fleisch- und Wurstwarengeschäft von Gebrüder Folkert in der Gleiwitzer Straße ein junger Mann in dem gefüllten Laden plötzlich der Kassiererin einen heftigen Schlag auf den Kopf. Dann griff der Täter in die Ladentasse und raubte ein Bündel Banknoten. Es gelang, den Täter in dem 19-jährigen Schlosser Kurt Kozjaba aus Berlin, der gegenwärtig hier Montagearbeiten ausführt, festzunehmen. Der geraubte Betrag von 710 Mark wurde ihm wieder abgenommen.

Im Streit ermordet. Am Sonnabendabend wurde in Bentowitz der Arbeiter Nawroth von dem Bauernsohn Alois Janil ermordet. Beide waren schon vor einigen Tagen in Streit geraten und trafen sich nun zufällig an der Pflanzung, wo sie haben wollten. Nach kurzem Wortwechsel schlug Janil mit dem Messer auf seinen Widersacher ein, der bald darauf verstarb. Der Täter wurde verhaftet.

Ratibor

Ratibor im Zeichen des Klassenkampfes

Die am Donnerstag in Ratibor auf dem Ring von der SPD. einberufene öffentliche Volksversammlung nahm demonstrativen Charakter an. Um 18 1/2 Uhr standen Scharen von Arbeitern um den ganzen Ring herum. Als um Punkt 10 Uhr der Ruf „Sammeln“ ertönte, da standen in wenigen Minuten tausend Arbeiter um den Referenten G. Tunkel. Seine Ausführungen begannen mit der Wahlwahl und dem Regierungsschacher bis zur gegenwärtigen SPD-Koalition mit den Kapitalisten. Sehr treffend beleuchtete G. Tunkel den Unnützeverrat der SPD, den Lohnsenkungswindeln, die Verhöhnung der Erwerbslosen, den verschärften Kampf und die Hebe der SPD gegen den Arbeiter- und Bauernstaat, die Sowjetunion. Der Reichstagspräsident Paul Löbe, der die „große Brücke“ in Deutschland noch nicht gefunden hat, ist nach Wien gefahren und hat auch an der Donau diese Brücke zum Hinüberfahren nicht gefunden. Die Arbeiter Deutschlands und Österreichs haben ihre Vertreter schon erkannt, wenden sich ab von der SPD. und sammeln sich um die Fahne des Kommunismus. Mit brausenem Beifall wurden die Ausführungen des Genossen Tunkel aufgenommen. Die Demonstrationsversammlung war ein großer Erfolg für die SPD.

Oppeln

Kriegeremummel.

Na, ne, Alterschwäche ist schon da bei den hiesigen alten Kriechern, die am Krieg noch nicht genug hatten. Am Sonntag feierte man darum 85 Jahre Kriegerfest. Wenn man sich das Zügle anschaut, mußte man bald lachen. Um den Klimbim ganz fett zu machen, wurden einige ganz besondere Kriecher mit Blech ausgezeichnet. Es muß doch jeder etwas haben! Wenn man sich auch im Kriege so gedrückt hat, daß auch das Blech S. M. die Gelbdruck nicht erreichte, so wird das in ruhiger Zeit durch ungefährliches Vordrücken des patriotischen Herzens nachgeholt. Man kann ja auch bei Schlachten, muß, Feuerwerk, Bier und Schnaps Sturmangriffe machen!

Blech. Ein Kind erstikt. Bei Rudokowitz brach in der Kofonie Kdzowa beim Landwirt Josef Niedzwiedz Feuer aus. Es griff auf das Nachbarhaus eines Eisenbahners über. Ein neunjähriges Kind kam im Rauch um, als es seinen sich bei den Rettungsarbeiten beteiligenden Eltern nachgeht war. Bei beiden Wohnhäusern wurde der Dachstuhl zerstört.

Tod. Todessturz eines 75-jährigen. Der 75-jährige Maurer Brexiona aus Schwibben fiel am Morgen vom Heuboden herab. Er glitt aus und stürzte so unglücklich, daß er tot liegen blieb.

Myslowitz. Eine Schießheldin. Auf offener Straße gab eine gewisse Marie Müller auf einen Mann drei Revolverkugeln aus Nachsicht ab. Sie trafen den Mann leicht am Knie, während eine unbeteiligte Frauensperson erheblicher verletzt wurde.

An unsere Arbeiterkorrespondenten

1. Nur mit Tinte, höchstens mit Bleistift, aber niemals mit Tinten- oder Kopierstift schreiben.
 2. Jedes Blatt darf nur auf einer Seite beschrieben sein.
 3. Schreibe Namen, Adressen und Zahlen recht deutlich, denn der Seher kann nicht alles erraten.
 4. Vergiß nicht, Namen und Adresse anzugeben. Einsendungen ohne Unterschrift können wir nicht veröffentlichen, da sie schwer nachzuprüfen sind.
 5. Da manchmal Nachforschungen notwendig oder andere Schwierigkeiten zu überwinden sind, so sei nicht gleich erboßt, wenn Deine Aufschrift nicht sofort am nächsten Tage erscheint.
 6. Unser Raum in der Zeitung ist beschränkt, deshalb keine Allgemeinheiten, sondern nur Tatsachen schreiben.
 7. Adressiere stets an: Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ in Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.
 8. Wichtige Ereignisse teile der Redaktion telephonisch graphisch oder per Ekzbrief mit.
- Schluß des redaktionellen Teiles.

Möbel-Dreher ist populär für Ware, Preis, Kredit gewährt

Heraus

zum Roten Treffen in Oppeln am 4. u. 5. August 1928

Aus aller Welt

25 Tote in Lody. — M. Berlin, 20. Juli. Wie die „M. Z.“ zu dem schweren Explosionsunglück in Lody ergänzend berichtet, war der Aufbruch so rasch, daß Passanten auf der Straße meterweit fortgeschleudert wurden. Eine ungeheure Panik bemächtigte sich der Leute, die an ein Erdbeben glaubten und laute Hilferufe ausstießen. In den Wohnungen wirkten die Möbel durcheinander und die Schlafenden wurden aus den Betten geworfen. In wenigen Minuten verfarbte sich der Himmel mit einem roten Schein. Die genaue Zahl der Verunglückten steht noch nicht fest, übersteigt aber bei dem Geistes der Zahl 25. Die Anzahl der Verwundeten beläuft sich auf mehrere Hundert. Der Sachschaden beträgt nach vorläufigen Schätzungen acht Millionen Floty.

Die Seilseilbahn nach dem Spindlerpaf. Der Bau der Seilseilbahn auf deutscher Seite nach dem Spindlerpaf ist gesichert. Der Aufsichtsrat der Elektrizitäts-Alliengesellschaft in Frankfurt a. M. hat beschlossen, der Girscherger Talbahn N.-G. ihrer Tochtergesellschaft, Mittel für diesen Bau zur Verfügung zu stellen. Geplant ist, die elektrische Straßenbahn von der festigen Endstation in Oberglersdorf über Baderhäuser nach der „Räße“ als Straßenbahn weiterzuführen und von der „Räße“ bis zum Spindlerpaf eine Seilseilbahn zu bauen. Mit dem Bau soll alsbald begonnen werden. Im kommenden Jahre sollen Teilstrecken fertig

werden, während die ganze Anlage im Jahre 1930 in Betrieb genommen werden soll. Die Fortverwirklichung hat die erforderlichen Anordnungen schon vornehmen lassen. Die Talbahn N.-G. besitzt bereits die alte Babermühle in den Baberhäusern, die ein Opfer des Straßenbahnbauens werden wird.

Aus der Partei Warnung

Aus Schweidnitz wird uns geschrieben: Wir warnen hiermit alle Ortsgruppen der Roten Hilfe sowie der Partei vor einem gewissen Willi Schmidt, geboren am 6. 11. 1904 zu Rödkenberg, Hannover. Derselbe gibt sich als politischer Gefangener aus und behauptet, er sei amnestiert worden. Als Ausweispatente bedient er sich eines Entlassungsscheines aus dem Gefängnis Waldenburg. Ferner hat er noch eine Steuerkarte von 1927 sowie von 1928. An der Echtheit dieser Papiere muß gezwifelt werden. Er gibt an, aus Berlin zu sein. In Wirklichkeit ist er aus Hannover und von Beruf Kellner.

Wir ersuchen alle Ortsgruppen, gerade jetzt auf solches Unwesen genau Obacht zu geben und solche Elemente gehörig zu befehren, daß wir nur ehrlichen Genossen helfen.

Arbeitersport

Die schlesische Handballspiel-Bewegung. Das Handballspiel hat sich innerhalb der schlesischen Sport- und Spielbewegung zu einem beachtenswerten Faktor herausgebildet. Es sind 4260 Spieler und Spielerinnen vorhanden, die an 4348 Spieltagen 2208 Spiele austragen. Auf die einzelnen Spielarten verteilen sie sich folgendermaßen: Handball mit 125 Mannschaften und 809 Spielen; Rastball mit 21 Mannschaften und 190 Spielen; Schlagball mit 18 Mannschaften und 84 Spielen; Trommelball mit 18 Mannschaften und 87 Spielen; Tennis wurde im vergangenen Jahre noch nicht gespielt. Der 1. Bezirk stellt mit seinen Spielern und Spielerinnen genau die Hälfte der Bewegung dar. An den Serienspielen beteiligten sich 241 Mannschaften mit 1085 Spielen. Davon entfallen auf die Männer 168 Mannschaften und 721 Spiele; auf die Frauen 84 Mannschaften und 171 Spiele; auf die Jugend 49 Mannschaften und 193 Spiele. Das Handballspiel nimmt mit 90 Mannschaften und 474 Spielen den ersten Platz ein, es folgt das Rastballspiel mit 15 Mannschaften und 22 Spielen; ferner das Faustballspiel mit 127 Mannschaften und 858 Spielen sowie das Trommelballspiel mit 9 Mannschaften und 83 Spielen. 6 Kurse mit 95 Teilnehmern wurden abgehalten. Wüstenspiele für Handball wurden nur im 1. Bezirk ausgetragen und nahmen an denselben 52 Mannschaften teil, die 147 Spiele austragen. Diese 52 Mannschaften liegen im Gebiet von Groß-Dreslau.

Schauspielhaus Reizend. Kleider
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300

Mittwoch
den 1. August
20 Uhr
Zum 1. Male

Die große
Schwarz-
Revue
Wissen
Sie
schon?
21 Bilder von
Emil Schwarz u.
Bruno Harbt
Warden
Musik von
Fritz Lehner

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche
und Schmucksachen


Naumann
Alleinverkauf
Alfred Schlesinger
Breslau, Schmiedebrücke 13
Denkbar günstige Teilzahlung
Eigene Reparatur-Werkstatt
Dauernde
Stückchule

Ausverkauf
wegen Verlegung meines Geschäfts
Ich biete mein reichhaltiges Lager
bis zu 50 Proz. Ermäßigung an:
Besten-Anzüge
von Mk. 16.50 an
Bardachen-Anzüge
von Mk. 12.50 an
Lebersteins-Häkel
Schwedenfarben
von Mk. 16.50 an
Summi-Häkel
prima Qualität
von Mk. 12.50 an
Eisblech-Polster
mit Samtstoffen
von Mk. 32.50 an
Eisblech-Schwedenmädel
von Mk. 26.50 an
Mäntel-Anzüge
von Mk. 4.— an
Häkel-Anzüge
pr. Chevrolet Größe L-8, von Mk. 12.50 an
Häkel-Anzüge
prima Qualität
von Mk. 6.— an
G. Herzberg
Breslau, Grünhauer Straße Nr. 19/21

Wir vergrößern



unsere hiesigen Geschäftsräume
trotz der kurzen Zeit unseres
Bestehens jetzt schon

zum 4ten Male!

Gibt es einen besseren Beweis
für die Leistungsfähigkeit und
das Ansehen unserer Firma?

Während des Umbaus genähren
wir rascher Räumung wegen auf
alle Waren unse. reichhaltigen Lager
in allen Abteilungen

20 Prozent Sonder-Rabatt!

Nach wie vor aber bleibt unsere Devise:
Kaufe gleich — zahle später!

8 Monate Kredit in bequemen Teilzahlungen

Demie, Festangestellte, alte Kunden **ohne Anzahlung 1. Rate Sept. 1928**

Besuch ohne Kaufzwang erbeten! Nach auswärts Muster sendungen bereitwilligst!

Kaufe gleich,
zahle später!

Auswärtige
Käufer erhalten
Reise-Vergütung!

6 große Schauwunder,
eine sehenswerte
MODENSCHAU!

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft
Das bevorzugte Kaufhaus der Beamten!
Breslau I, Jungfernstr. 38/40

Cremers Tapetenhaus

Tapeten 18 Pl. | Fußbodenlackarbeit 1.60
in groß. Ausw., Rolle von 1 kg. Büchse

Breslau, Alte Taschenstr. 22

10 Worte Genossinnen

sagt beim Einkauf den Geschäftsleuten
„Wir kommen zu Ihnen, weil Sie
in unserer Zeitung inserieren!“

Wichtig

Wir weisen h. Bedarf
an Möbeln und
Hausgerät auf die
Gegenwartigkeit im
Vollbesitz hiermit
nochmals hin. Ganz
Wohnung, sämliche
einzelne
Einrichtungen, wie
Schränke, Küchen-
bänke, Sofas, Chai-
seln, etc. u. a. u.
viele andere stehen
zum baldigen Verkauf
bereit. Verkauf nur an
Selbstverbraucher.
Preis an den Lager-
halter des ersten
Breslaue A. b. e. l.
Volksplatzers
Kobert Straße
Nur Berliner Str. 9
Teilzahlung, gestattet!

Serzlichen Dank

allen, die unserer Einladung zu den Ein-
weihungsfeierlichkeiten Folge leisteten und
die uns halfen, das fest ordnungsmäßig
ausgestaltete und durchzuführen. Beson-
deren Dank den auswärtigen Wehren,
den mitwirkenden Vereinen des Ortes
und der Einwohnerschaft Weißsteins, die
durch Schmaus und Bestaggen dem Orte
ein festliches Gewand gaben, und nicht
zuletzt den Spendern von Festbeiträgen.
Weißstein, den 30. Juli 1928
Der Gemeinde-Vorstand Weißstein
Hertwig
Amts- und Gemeinde-Vorsteher
Die Freiwillige Feuerwehr Weißstein
Graner
Ober-Brandmeister

Bekanntmachung von Breslau

Im August 1928 sind an die Städtl.
Steuernachrichten zu entrichten:

1. Bis zum 6. August
a) Schulgeld für August in bisheriger Höhe
2. Bis zum 15. August
a) Gewerbeertragsteuer für Juli/September 1928 in Höhe eines Wertes des im Heranziehungsbefehle für 1928 berechneten Jahresjahres sowie die nach dem Heranziehungsbefehle etwa sich ergebende Nachzahlung für April/Juni 1928; soweit ein Befehl für 1928 noch nichtgestellt ist, in Höhe eines Wertes der zuletzt festgesetzten Jahressteuer-schuld.
b) Gewerbesteuer für Juli/September 1928 in Höhe eines Wertes der zuletzt festgesetzten Jahressteuer-schuld.
c) Handwerkskammerbeitrag für April-September 1928 in Höhe des im Veranlagungsbefehle für 1928 angegebenen halben Jahresjahres, soweit ein solcher Befehl bereits erteilt ist.
d) Staatliche Grundvermögenssteuer in bisheriger Höhe und Gemeindefußschlag hierzu mit 25 v. H. der staatlichen Grundvermögenssteuer
1. für alle Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, für Juli/September 1928,
2. für alle übrigen Grundstücke für August 1928.
e) Nachzahlung an Gemeindefußschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer infolge der Erhöhung des Fußschlages von 25 auf 25 v. H. der staatlichen Steuer vom 1. April 1928 ab
1. für die unter d 1 genannten Grundstücke für April/Juni 1928 mit 25 v. H. des Vierteljahresatzes der staatlichen Grundvermögenssteuer,
2. für die unter d 2 genannten Grundstücke für April/Juli 1928 mit (4 : 25 =) 100 v. H. des Monatsatzes der staatlichen Grundvermögenssteuer.
f) Hauszinssteuer für August in bisheriger Höhe.
g) Kanal- und Müllabfuhrgebühren für August in Höhe der aus dem Veranlagungsbefehle ersichtlichen Beträge sowie die infolge Erhöhung der Kanal- und Müllabfuhrgebühren für die Monate April/Juli 1928 nachzu zahlenden Beträge, soweit ein Veranlagungsbefehl erteilt ist.

Die Zahlungen zu 2a, b und 2g werden bei anderweiter Festsetzung der zu erhebenden Sätze oder bei späterer Veranlagung als Vorauszahlungen verrechnet.
Bei verspäteter Zahlung sind die gesetzlichen Verzugszinsen (10 v. H.) zu entrichten. Im Falle der Mahnung und der Zwangsvollstreckung treten hierzu noch die nach den gesetzlichen Bestimmungen zu berechnenden Gebühren.

Breslau, den 29. Juli 1928
Städtliche Hauptsteuerkasse.

Strumpf-Spezial-Haus
Carl Baumgarten
Breslau Brodau
Klosterstraße 85 Bahnpoststraße 7
Günstiger Einkauf für
Strümpfe, Socke, Scharne, Schlüpfen

Völlig unerwartet verschied am
28. Juli 1928 der frühere Wasser-
leitungsaufseher der Gemeinde
**Herr Schlossermeister
Gustav Fodner**
Vom Jahre 1887 bis 1924, war
der Verstorbenen in treuer Pflicht-
erfüllung im Dienste der Gemeinde
tätig.
Sein Wirken sichert ihm ein
dauerndes Gedenken.
Weißstein, den 30. Juli 1928
Namens der Gemeindeglieder
Hertwig
Amts- und Gemeinde-Vorsteher